

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 258

49. Jahrgang

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

26. Oktober 2006

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I Mitteilungen

Kommission

2006/C 258/01	Euro-Wechselkurs	1
2006/C 258/02	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen	2
2006/C 258/03	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen	8
2006/C 258/04	Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	13
2006/C 258/05	Angaben der Mitgliedstaaten über Staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden ⁽¹⁾	17
2006/C 258/06	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2204/2002 der Kommission vom 12. Dezember 2002 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Beschäftigungsbeihilfen gewährt werden ⁽¹⁾	21
2006/C 258/07	Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 88/378/EWG des Rates vom 3. Mai 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheit von Spielzeug ⁽¹⁾	23
2006/C 258/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.4314 — Johnson & Johnson/Pfizer Consumer Healthcare) ⁽¹⁾	25

DE

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2006/C 258/09	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.4405 — Walter Frey Holding/Mitsubishi Motors Europe) ⁽¹⁾	26
2006/C 258/10	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.4294 — Arcelor/SNCFL/CFL Cargo) ⁽¹⁾	26
EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM		
EFTA-Gerichtshof		
2006/C 258/11	Klage der EFTA-Überwachungsbehörde vom 31. Juli 2006 gegen das Königreich Norwegen (<i>Rechtssache E-2/06</i>)	27
EFTA-Überwachungsbehörde		
2006/C 258/12	Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme zu einer neuen norwegischen Regelung zur Förderung unbezahlter Arbeit in Forschung und Entwicklung, des „Programms für unbezahlte FuE-Arbeit“ gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen	28
2006/C 258/13	Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme zur staatlichen Beihilfe des norwegischen Forschungsrats für das Computerprogramm Turborouter gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen	42



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

25. Oktober 2006

(2006/C 258/01)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs		
USD	US-Dollar	1,2580	SIT	Slowenischer Tolar	239,6
JPY	Japanischer Yen	149,93	SKK	Slowakische Krone	36,576
DKK	Dänische Krone	7,4551	TRY	Türkische Lira	1,8475
GBP	Pfund Sterling	0,6702	AUD	Australischer Dollar	1,6561
SEK	Schwedische Krone	9,2125	CAD	Kanadischer Dollar	1,4191
CHF	Schweizer Franken	1,5916	HKD	Hongkong-Dollar	9,7905
ISK	Isländische Krone	85,71	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,9038
NOK	Norwegische Krone	8,338	SGD	Singapur-Dollar	1,9784
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	KRW	Südkoreanischer Won	1 202,46
CYP	Zypern-Pfund	0,5766	ZAR	Südafrikanischer Rand	9,6349
CZK	Tschechische Krone	28,383	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	9,9407
EEK	Estnische Krone	15,6466	HRK	Kroatische Kuna	7,385
HUF	Ungarischer Forint	262,87	IDR	Indonesische Rupiah	11 485,54
LTL	Litauischer Litas	3,4528	MYR	Malaysischer Ringgit	4,625
LVL	Lettischer Lat	0,6961	PHP	Philippinischer Peso	62,837
MTL	Maltesische Lira	0,4293	RUB	Russischer Rubel	33,83
PLN	Polnischer Zloty	3,8855	THB	Thailändischer Baht	46,691
RON	Rumänischer Leu	3,5179			

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen

(2006/C 258/02)

Beihilfe-Nummer: XA 42/06

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Navarra

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Beihilfen zugunsten der Rückverfolgbarkeit in der Lebensmittelindustrie Navarras für das Jahr 2006

Rechtsgrundlage: Orden foral del Consejero de agricultura, ganadería y alimentación, por la que se establecen las bases reguladoras que regirán la concesión de ayudas a la trazabilidad en la industria agroalimentaria de Navarra y se aprueba la convocatoria de ayudas para el año 2006

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 1 800 000 EUR im Haushaltsjahr 2006 zu Lasten des entsprechenden Postens des Haushaltsplans 2007

Beihilfeshöchstintensität: 50 % der Kosten der technischen Hilfe für die Entwicklung und Umsetzung von Rückverfolgbarkeitssystemen bis zu einem Höchstbetrag von 6 000 EUR je Begünstigten

35 % der Kosten der Investitionen in die Informatisierung und Automatisierung von Datenerfassungs- und Übertragungssystemen bis zu einem Höchstbetrag von 15 000 Eur je Begünstigten

Bewilligungszeitpunkt: August 2006

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Beihilfen können bis einschließlich Dezember 2006 bewilligt werden

Zweck der Beihilfe: Förderung der Einführung von Rückverfolgbarkeitssystemen in KMU der Lebensmittelindustrie Navarras

A) Artikel 13. Beihilfen zur Förderung der Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität. Kosten der Massnahmen der technischen Hilfe für die Entwicklung und Inbetriebnahme von Rückverfolgbarkeitssystemen. Dies umfasst Die Beauftragung eines Externen Beratungsdienstes für Die Entwicklung, Programmierung, Schulung des Personals, Installation der Software und Anpassung an die besonderen Bedürfnisse der begünstigten Stelle.

B) Artikel 7: Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung: Kosten der Investitionen in die Informatisierung und Automatisierung von Datenerfassungs- und Übertragungssystemen. Dies umfasst den Erwerb und die Entwicklung spezifischer Computerprogramme im Hinblick auf die Einführung und die Verbesserung von Rückverfolgbarkeitssystemen

temen sowie den Erwerb und die Installation neuer Geräte zur Sammlung, Kontrolle, Überwachung, Erfassung und Automatischen Übertragung von Daten (Barcodedrucker, Lasergeräte zum Lesen von Barcodes, Systeme zur Datenübertragung per Funk, u.a. Hardware-ausstattung). Im Falle dieser Beihilfe sind die allgemeinen Aufwendungen wie Gebühren, Untersuchungen und Lizenzen nur bis zu einem Höchstsatz von 12 % der Investitionskosten für Anlagen und Systeme zuschussfähig

Betroffene Wirtschaftssektoren: Betroffener Wirtschaftssektor ist der Sektor der Verarbeitung und Vermarktung. Hierunter können beliebige Teilsektoren innerhalb der vorgenannten Sektoren fallen, sofern es sich um in Anhang I EG-Vertrag aufgeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse handelt, mit Ausnahme von Milch oder Milcherzeugnisse imitierenden oder substituierenden Erzeugnissen und mit Ausnahme von Verarbeitungs- oder Vermarktungstätigkeiten im Zuckersektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Gobierno de Navarra. Departamento de Agricultura, Ganadería y Alimentación.
c/ Tudela 20
E-31003 Pamplona

Internetadresse: www.navarra.es

Sonstige Angaben: Pamplona, den 24. Mai 2006

XA-Nummer: XA 44/06

Mitgliedstaat: Niederlande

Region: Provinz Fryslân

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: (Familie) Diever

Rechtsgrundlage: Algemene wet bestuursrecht, titel 4.2

Algemene Subsidieverordening Provincie Friesland 1998

Provinciewet artikel 145

Verordening met betrekking tot het verlenen van subsidies ten behoeve van het plattelandsbeleid voor de jaren 2005-2008

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Der Höchstbeitrag wird sich auf 45 000 EUR belaufen. Voraussichtlich werden 80 %, d. h. 36 000 EUR, im Jahr 2006 ausgezahlt werden, während die Abrechnung voraussichtlich im Jahr 2007, spätestens jedoch im Jahr 2008, stattfinden wird

Beihilfeshöchstintensität: Die Beihilfeshöchstintensität liegt bei 40 % der zuschussfähigen Kosten. Der maximale Beihilfebetrags liegt bei 45 000 EUR

Bewilligungszeitpunkt: Die Entscheidung über die Gewährung der Beihilfe wird innerhalb von vier Wochen nach Eingang der Empfangsbestätigung der EU betreffend diese Notifizierung ergehen

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Der späteste Termin für die Abrechnung liegt 30 Monate nach Erlass der Entscheidung, was spätestens Ende 2008 bedeuten würde. Voraussichtlich wird das Projekt bereits im Jahr 2007 beendet sein

Zweck der Beihilfe: Ziel des Projekts ist der Erhalt des historischen Gehöfts in der Landschaft, nachdem das historische Gehöft derart angepasst wurde, dass es für die moderne landwirtschaftliche Betriebsführung gut brauchbar ist

Anwendung findet Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung 1/2004

Betroffene Wirtschaftssektoren: Milchviehhaltung

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Provincie Friesland
Postbus 20120
8900 HM Leeuwarden
Niederland

Website: www.fryslan.nl

XA-Nummer: XA 47/06

Mitgliedstaat: Frankreich

Bezeichnung der Beihilferegelung: Zuschüsse zur technischen Hilfe für den Unterglasanbau im Obst-, Gemüse- und Gartenbausektor

Rechtsgrundlage: Le décret n° 83-246 du 18 mars 1983 portant création d'un Office National Interprofessionnel des fruits, des légumes et de l'horticulture et les textes subséquents repris notamment dans la partie réglementaire du code rural (livre 6 „productions et marchés“ — articles R 621-120, R 621-134, R 621-140 et R 621-161 à R 621-174)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: Die voraussichtlichen Kosten der geplanten Maßnahmen belaufen sich insgesamt auf 1 Mio. EUR

Beihilfeshöchstintensität: Bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten

Der Gesamtbetrag der öffentlichen Zuschüsse darf 100 000 EUR je Begünstigten über einen Zeitraum von drei Jahren bzw. 50 % der zuschussfähigen Kosten nicht übersteigen, wobei der höhere der beiden Beträge zu berücksichtigen ist

Bewilligungszeitpunkt: Die Beihilferegelung tritt ab dem Datum der Empfangsbestätigung, die die Identifikationsnummer der Maßnahme trägt, in Kraft, allerdings vorbehaltlich der Mobilisierung der entsprechenden Mittel und der Veröffentlichung der Regelung auf der Homepage von VINIFLHOR

Laufzeit der Regelung: Ein Jahr mit der Möglichkeit, sie im Rahmen des geplanten Gesamtbetrags zu verlängern

Zweck der Beihilfe: Die Beihilferegelung stützt sich auf Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003

Sie ist Teil des Plans für die strukturelle Anpassung des Unterglasanbaus, der auf den Bedarf der Betriebe zugeschnitten ist, die unter Glas anbauen, mit steigenden Energiekosten konfrontiert sind und bei ihren Anpassungsanstrengungen Unterstützung brauchen

Die Maßnahmen der technischen Hilfe helfen in erster Linie den Betrieben, sich an steigende Energiepreise anzupassen, indem sie nach Prüfung der individuellen Situation auf die besten technischen und betrieblichen Lösungen hingewiesen werden

Im Rahmen des Projekts können die Kosten der technischen Unterstützung und der Beratung bei den technisch-wirtschaftlichen und energiebezogenen Analysen zu 50 % übernommen werden:

- technisch-wirtschaftliche Analysen der Aufwandsposten der Betriebe, insbesondere der Aufwendungen für Energie, und Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen (die Zuschüsse hierfür betragen bis zu 50 % der Kosten der Analyse mit einer Obergrenze von 300 EUR je Betrieb);
- Energieaudits, erforderlichenfalls mit Schätzung des Investitionsbedarfs (diese Zuschüsse betragen bis zu 50 % der Kosten des Audits bis zu einer Obergrenze von 0,3 EUR je m² beheizte Fläche (höchstens 3,5 Ha))

Betroffene Wirtschaftssektoren: Unterglasanbau von Obst, Gemüse und Zierpflanzen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Office National Interprofessionnel des Fruits, des Légumes, des Vins et de l'Horticulture
164, rue de Javel
F-75739 Paris Cedex 15

Internet-Adresse: www.oniflhor.fr

Beihilfe-Nummer: XA 48/06

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Limousin

Bezeichnung der Beihilferegelung: Beihilfe zum Erhalt der Zertifizierung „Ökologischer Landbau“ (Weiterführung der unter XA/54/05 registrierten Beihilfe)

Rechtsgrundlage:

- Article 13 du règlement (CE) n° 1/2004 du 23 décembre 2003 de la Commission;
- Articles L. 1511-1 et L. 1511-2 du code général des collectivités territoriales;
- Décision du Conseil régional du Limousin du 10 mai 2006

Voraussichtliche jährliche Kosten der Beihilferegulung:
85 000 EUR

Beihilfenhöchstintensität: Der Conseil régional übernimmt einen Teil der Zertifizierungskosten, das heißt eine Finanzhilfe von 80 % der Kosten ohne MwSt der Zertifizierung von 200 EUR bis 800 EUR für das Jahr 2006

Bewilligungszeitpunkt: Ab Eingang der Empfangsbestätigung der Europäischen Kommission

Laufzeit der Beihilferegulung: Bis zum 31. Dezember 2006

Zweck der Beihilfe: Die Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates verpflichtet alle im ökologischen Landbau tätigen Marktteilnehmer, sich durch die vom Ministerium für Landwirtschaft gemäß der Norm EN 45011 genehmigten Zertifizierungsstellen kontrollieren und zertifizieren zu lassen. Ziel der Beihilfe ist die Förderung der Ausweitung des ökologischen Landbaus durch die Übernahme der Zertifizierungskosten der Betriebe

Betroffene(r) Wirtschaftssektor(en): Jeder im ökologischen Landbau tätige Landwirt mit Niederlassung in Limousin, der im Jahre 2006 seine Tätigkeit als „Ökologischen Landbau“ oder „Umstellung auf den Ökolandbau“ angemeldet hat und der zum 1. Juli 2005 kein Beihilfeempfänger (CTE-CAB1 oder CAD2-CAB) ist oder dessen Gesamtbetrag der Beihilfen CTE oder CAD/CAB (über 5 Jahre) sowie deren beantragten Zertifizierungsbeihilfe unter 15 000 EUR liegt. Die Anmeldung des ökologischen Landbaus erfolgt bei der Agence Bio und ist verpflichtend. Der Beihilfebetrag wird anhand der Kopie des Vertrags CTE/CAD/CAB geprüft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Monsieur le Président du Conseil Régional du Limousin
27 boulevard de la Corderie
F-87031 Limoges Cedex

Internetadresse:

[http://www.cr-limousin.fr/rubrique „guide des aides“](http://www.cr-limousin.fr/rubrique_„guide_des_aides“)

XA-Nummer: XA 52/06

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich

Region: England

Bezeichnung der Beihilferegulung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: EBLEX Beef Better Returns Programme

Rechtsgrundlage: Section 1 of the Agriculture Act 1967

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regulung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 402 000 GBP pro Jahr

Maximale Beihilfeintensität: 100 %

Datum der Anwendung: 6. Juli 2006

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:

Die Regelung gilt bis zum 30. Juni 2009. Dennoch müssen ihre Bestimmungen möglicherweise vor diesem Datum geändert werden, um Änderungen der europäischen Vorschriften für staatliche Beihilfen Rechnung zu tragen

Ziel der Beihilfe: Die Regelung zielt schwerpunktmäßig auf die Schulung von Rindfleischerzeugern ab, um ihnen die Qualifikation für die Anpassung an die sich entwickelnden Märkte zu vermitteln. Die vereinbarten Maßnahmen umfassen Schulungsangebote, Seminare und Internet-Informationen. Dies steht im Einklang mit Artikel 14 über die Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor

Betroffene(r) Wirtschaftssektor(en): Viehzucht

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Meat and Livestock Commission
PO Box 44
Winterhill House
Snowdon Drive
Milton Keynes MK6 1AX
United Kingdom

Internetadresse: <http://www.eblex.org.uk/betterReturns/beef>

Sonstige Auskünfte: Die Erbringer der technischen Hilfe werden von der Meat and Livestock Commission über den Exekutivausschuss im Rindfleischsektor (EBLEX) nach den Grundsätzen des Marktes in nicht diskriminierender Weise ausgewählt und bezahlt. Den Begünstigten selbst wird keine Direktbeihilfe gezahlt. Die Ausschreibungsverfahren erfolgen im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht

Unterzeichnet und datiert im Namen des Department for Environment, Food and Rural Affairs (zuständige Behörde im Vereinigten Königreich)

Neil Marr
Agricultural State Aid Advisor
Defra
8B 9 Millbank
c/o 17 Smith Square
London SW1P 3JR
United Kingdom

Nummer der Beihilfe: XA 54/2006

Mitgliedstaat: Niederlande

Bezeichnung der Beihilferegulung beziehungsweise bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Regelung zur Förderung des ökologischen Landbaus

Rechtsgrundlage: Artikelen 2 en 4 van de Kaderwet LNV-subsidies

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung beziehungsweise Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Die Ausgaben stehen in Zusammenhang mit den Kosten, die Betriebe für die in Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel vorgeschriebene Kontrolle durch eine Kontrollstelle tragen müssen. Diese Kontrollstelle überwacht gemäß Artikel 9 der genannten Verordnung die Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung. Die hierfür entstehenden Kosten können von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausfallen. 2006 beträgt die Beihilfe pro Betrieb 650 EUR (Grundgebühr) und 150 EUR (Beitrittsgebühr). Dieser Betrag kann während der Laufzeit der Beihilferegulierung bei einer Erhöhung der Kosten für die Kontrolle durch eine Kontrollstelle entsprechend aufgestockt werden. Ausgehend von Kosten in Höhe von 800 EUR pro Jahr und Betrieb im Fünfjahresdurchschnitt wird sich die Beihilfe auf ungefähr 24 800 EUR pro Jahr für die Dauer von fünf Jahren belaufen

Beihilfeshöchstintensität: Der Zuschuss zu den Kosten für die Kontrolle durch eine Kontrollstelle kann höchstens 3 000 EUR pro Betrieb und Jahr betragen

Bewilligungszeitpunkt: Ab 1. Januar 2006

Laufzeit der Regelung beziehungsweise Auszahlung der Einzelbeihilfe: Fünf Jahre lang wird pro Betrieb ein Zuschuss zu den Kosten für die Kontrolle durch eine Kontrollstelle gezahlt

Zweck der Beihilfe: Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und Förderung der Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen von hoher Qualität gemäß Nummer 13 des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen im Agrarsektor. Erzeugnisse, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 erzeugt werden, werden als Erzeugnisse von hoher Qualität betrachtet. Die Erstattung der Kosten, die für die Kontrolle durch eine Kontrollstelle, das heißt für die Teilnahme an einem Kontrollsystem gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 entstehen, kann für Betriebe, die in Übereinstimmung mit den in der Verordnung festgelegten Vorschriften produzieren, ein Anreiz zur Fortsetzung dieser Erzeugungsmethode sein

Betroffene Wirtschaftssektoren: Erzeuger von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nicht für den Verzehr bestimmt sind. Betroffen sind unter anderem ökologisch wirtschaftende Erzeuger von Bäumen, Pflanzen, Blumen und Blumenzwiebeln

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Ministerie van Landbouw, Natuur en Voedselkwaliteit, Dienst Regelingen
Postbus 20401
2500 ER Den Haag
Niederland

Internetadresse: www.wetten.nl of www.overheid.nl > officiële publicaties > selecteren departementale regelgeving Staatscourant > invoeren titel regeling: Subsidieregeling voortzetting biologische productiemethode

Weitere Informationen: Im Rahmen der Regelung zur Förderung des ökologischen Landbaus sind Beihilfen für alle ökologisch wirtschaftenden Landwirte vorgesehen. Die Beihilfen für ökologisch wirtschaftende Landwirte, die für den Verzehr bestimmte Erzeugnisse produzieren, werden gemäß Titel II Kapitel VI und VII der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des

Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen (ABl. L 160) gewährt. Ende des Jahres 2005 hat die Regierung des Königreichs der Niederlande in diesem Zusammenhang einen Antrag auf Änderung des niederländischen Entwicklungsplans für den ländlichen Raum 2005 gestellt. Da es aufgrund des genannten Antrags nicht möglich ist, Landwirten Unterstützung zu gewähren, die nicht für den Verzehr bestimmte Erzeugnisse nach den Methoden und Verfahren des ökologischen Landbaus erzeugen, ist die in dieser Meldung beschriebene staatliche Beihilfe für diese Landwirte bestimmt

Beihilfe-Nummer: XA 58/06

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Departement Indre-et-Loire

Bezeichnung der Beihilferegulierung: Beihilfe zur Zahlung von Hagelversicherungsprämien bei empfindlichen Kulturpflanzen

Rechtsgrundlage:

- Article 11 du règlement (CE) n° 1/2004 de la Commission
- Loi 64.706 du 10 juillet 1964
- Article L 361-8 du livre III (nouveau) du code rural
- Article L 122.7 du code des assurances
- Décret n° 2006-370 fixant les modalités d'application de l'article L.361-8 du livre II (nouveau) du code rural en vue de favoriser le développement de l'assurance contre certains risques agricoles et notamment son article 7

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 80 000 EUR

Beihilfeshöchstintensität: 10 % der 2006 entrichteten Prämien oder Beiträge für die Versicherung von Obstplantagen (Obstbäume und -stauden), Frucht- und Blattgemüse sowie 4 % der 2006 entrichteten Prämien oder Beiträge für die Versicherung anderer empfindlicher Kulturpflanzen (Weinstöcke und Blumen)

Bewilligungszeitpunkt: 2006

Laufzeit der Beihilferegulierung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Ein Jahr

Zweck der Beihilfe: Landwirten, die aus finanziellen Gründen keine Versicherung gegen mehrere klimatische Risiken abschließen können, soll ein Anreiz geboten werden, zumindest eine Hagelversicherung abzuschließen, deren Versicherungsprämie zu Teilen vom Staat übernommen wird

Betroffene Wirtschaftssektoren: Kulturpflanzenzucht: Obstbäume und -stauden, Frucht- und Blattgemüse, Weinstöcke und Blumen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Conseil Général d'Indre-et-Loire
Place de la Préfecture
F-37927 Tours Cedex 9

Internet-Adresse: www.cg37.fr

Beihilfe-Nummer: XA 59/06

Mitgliedstaat: Niederlande

Region: Provinz Noord-Brabant

Bezeichnung der Beihilferegelung: Regelung für die Gewährung von Beihilfen im Rahmen der Vereinbarung der Stuurgroep Landbouw Innovatie Noord-Brabant (nachstehend „Stuurgroep LIB“ genannt)

Rechtsgrundlage: Allgemeine subsidieverordening Provincie Noord-Brabant.

Anträge, die den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 genügen, kommen für eine Beihilfe in Betracht

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: Im Rahmen der Vereinbarung der Stuurgroep LIB stellt die Provinz Noord-Brabant einen Betrag in Höhe von insgesamt 481 460,81 EUR jährlich für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung. Dieser Betrag umfasst einen Betrag in Höhe von 113 445,05 EUR, der ausdrücklich für die ökologische Landwirtschaft vorgesehen ist

Beihilfeshöchstintensität: Die Beihilfeshöchstintensität staatlicher Beihilfen (Prozentsatz der Investition, die für eine Beihilfe in Betracht kommt) beträgt 40 %. Bei Investitionen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt kann dieser Prozentsatz um 10 % oder 20 % heraufgesetzt werden.

Der Höchstbetrag je Beihilfeantrag beläuft sich auf 35 000 EUR jährlich

Bewilligungszeitpunkt: 1. September 2006

Laufzeit der Regelung: Bis zum 1. Januar 2008. Die Maßnahme wird nach Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 erforderlichenfalls nach Maßgabe der betreffenden Bestimmungen geändert. Die Kommission wird hiervon unterrichtet

Zweck der Beihilfe: Die Beihilfemaßnahme soll zur Durchführung von Vorhaben beitragen, die Innovationen in Landwirtschaft und Gartenbau zum Gegenstand haben und deren Ziel es ist, die Umwelt- und Wasserqualität, die Raumordnung und die Wirtschaftsstruktur in der Provinz Noord-Brabant zu verbessern. Diese Beihilfe ist hauptsächlich für kleinere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen bestimmt. Konkret bedeutet dies, dass Innovationen im Rahmen kleiner Vorhaben unterstützt werden, bei denen die wirtschaftlichen, ökologischen und soziokulturellen Aspekte der Landwirtschaft und des Gartenbaus einander so viel wie möglich verstärken.

Die förderfähigen Tätigkeiten der Stuurgroep LIB betreffen:

- Marktforschungstätigkeiten und Entwicklung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität zur Förderung der Erzeugung und Vermarktung solcher Erzeugnisse (Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004).
- Unterstützung bei der Wissensvermehrung und Wissensvermittlung für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Form von Erzeuger-Zusammenkünften, der Beschäftigung von Beratern, der Entwicklung und Verbreitung von Kommunikationsmaterial (Artikel, Flugblätter, Internet) während eines befristeten Zeitraums (Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004).

— Investitionen in unbewegliches Vermögen, in Anlagen und in die Beschäftigung von Beratern im Hinblick auf (Durchführbarkeits-) Studien und Kooperationsvereinbarungen zur Senkung der Produktionskosten, zur Verbesserung und Umstellung der Produktion, zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse, des Tier- und Umweltschutzes (Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004).

— Investitionen in unbewegliches Vermögen, in Anlagen und in die Beschäftigung von Beratern im Hinblick auf (Durchführbarkeits-) Studien zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung der Erzeugnisse, sowie zur Verbesserung des Umweltschutzes, der Lebensmittelsicherheit und des Tierschutzes (Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004)

Betroffene Wirtschaftssektoren: Grundsätzlich alle Sektoren der Landwirtschaft und des Gartenbaus (tierische und pflanzliche Erzeugung). Die einzelnen Glieder der Lebensmittelkette (Lieferanten, Verbraucher und Einzelhändler) sind an den Vorhaben nur beteiligt, wenn dadurch der Primärsektor gestärkt wird

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Gedeputeerde Staten van Noord-Brabant
Brabantlaan 1
Postbus 90151
5200 MC 's-Hertogenbosch
Niederlande

Internetadresse:

<http://www.brabant.nl/Werken/Landbouw.aspx>

Beihilfe-Nummer: XA 60/06

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich

Region: Die schottischen Grafschaften, in denen traditionell kleinbäuerliche Nebenerwerbslandwirtschaft (Crofting) gemäß Abschnitt 61 des Gesetzes über bäuerliche Kleinbetriebe (Schottland) (Crofters (Scotland) Act) von 1993 betrieben wird

Bezeichnung der Beihilferegelung: Crofting Counties Agricultural Grants Scheme

Rechtsgrundlage: Titel: Crofters (Scotland) Act 1993 (sections 42(1), (2) and (3). Also 46 (4)

Das Gesetz soll die landwirtschaftliche Erzeugung in den typischen kleinbäuerlichen Nebenerwerbsbetrieben (Crofts) fördern und entwickeln. Der zuständige Minister kann nach Konsultation der Kommission und mit Zustimmung des Schatzamtes Regeln für die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen an die Betreiber von „Crofts“ aufstellen

Außerdem wird ein neues Rechtsinstrument eingeführt, um die Befugnisse zur Anwendung der Regeln zu erteilen

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 2006-2007: 3,16 Mio. GBP

2007-2008: 2,40 Mio. GBP

Insgesamt: 5,56 Mio. GBP

Beihilfeshöchstintensität: 50 % in benachteiligten Gebieten

40 % in allen anderen Gebieten

Bewilligungszeitpunkt: 21. Juli 2006

Laufzeit der Regelung: Die Regelung läuft am 21. Juli 2006 an und endet am 31. Mai 2009. Allerdings muss die Regelung vor dieser Frist möglicherweise geändert werden, um etwaige Änderungen der gemeinschaftlichen Bestimmungen über staatliche Beihilfen widerzuspiegeln

Zweck der Beihilfe: Die Erhaltung des „Crofting“ ist wichtig, um zu verhindern, dass die Menschen aus diesen sehr extensiv bewirtschafteten, abgelegenen Gebieten Schottlands abwandern, denn ein großer Teil der ländlichen Gemeinden setzt sich aus „Croftern“ zusammen, also aus Menschen, die diese spezielle Form der Landwirtschaft betreiben. Flächen in Gemeinschaftseigentum („Croft land“) sind das Bindeglied zwischen den „Croftern“. Anreize, diese Flächen landwirtschaftlich sinnvoll zu nutzen, tragen dazu bei, die Bevölkerung an der Abwanderung zu hindern. Die „Crofter“ sind mit Nachteilen konfrontiert, die andere Erzeuger in der EU nicht haben, wie Klima, Abgelegeneheit und wenig fruchtbare Böden. Mit der Regelung soll „Croftern“ geholfen werden, ihren Betrieb auszubauen und seine langfristige Lebensfähigkeit zu verbessern. Dies steht mit Artikel 4 (Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben) in Einklang, da es sich um eine Investition in ein „Croft“ handelt, der ein landwirtschaftlicher Betrieb ist

Betroffene Wirtschaftssektoren: Landwirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Scottish Executive Environment and Rural Affairs Department
Rural Communities Division
Area 1D
Pentland House
47 Robbs Loan
Edinburgh EH14 1TY
United Kingdom

Internet-Adresse: http://www.crofterscommission.org.uk/documents/060508CCAGS_GUIDANCE_NOTES.pdf

Sonstige Auskünfte: Weitere ausführliche Informationen zur Zuschussfähigkeit und zu den einzelnen Vorschriften dieser Regelung sind über die vorstehende Internet-Adresse abrufbar.

Unterzeichnet und datiert im Namen des Department for Environment, Food and Rural Affairs (zuständige Behörde im Vereinigten Königreich)

Neil Marr
Agricultural State Aid Advisor
Defra
8E 9 Millbank
c/o 17 Smith Square
London SW1P 3JR
United Kingdom

Beihilfenummer: XA 61/06

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Baskenland

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: Zuschüsse für Zusammenschlüsse von Erzeugern, die nicht für die Stärkeherstellung bestimmte Speise- und Saatkartoffeln erzeugen

Rechtsgrundlage: Orden del Consejero de Agricultura, Pesca y Alimentación, pendiente de publicación, por la que se procede a la convocatoria de ayudas a las Agrupaciones de Productores Agrarios de Patata de consumo y de siembra, prevista en el Decreto 13/2004, de 20 de enero

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: im Jahr 2006 werden die öffentlichen Gesamtausgaben für alle Begünstigten zusammen auf bis zu 150 000 EUR veranschlagt

Beihilfemaximalintensität: Im ersten Jahr beträgt die Beihilfemaximalintensität bis zu 100 % der zuschussfähigen Ausgaben, danach wird sie allmählich verringert. Im Einklang mit Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 beträgt der Gesamtbetrag an Beihilfen, die einer Erzeugergemeinschaft gewährt werden, höchstens 100 000 EUR

Bewilligungszeitpunkt: Ab dem Tag, der auf die Veröffentlichung der Beihilferegelung im Amtsblatt des Baskenlandes folgt

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis 31. Dezember 2006

Zweck der Beihilfe:

- Grundlage dieser Beihilfen ist im Wesentlichen Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 3. Januar 2004). Die Zuschüsse werden für die in Absatz 3 dieses Artikels genannten zuschussfähigen Ausgaben gewährt.
- Hauptziel: Förderung der Zusammenschlüsse von Erzeugern, die das genannte Erzeugnis anbauen und deren Mitglieder die Erzeugung gemäß ihren internen Vorschriften vermarkten.
- Zuschussfähige Ausgaben: Miete (Marktpreis) von geeigneten Räumlichkeiten, Erwerb von Büroausstattung, Kosten für Verwaltungspersonal, Gemeinkosten sowie Rechtskosten und Verwaltungsgebühren

Betroffene Wirtschaftssektoren: Landwirtschaft (Erzeugerorganisationen)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Dirección de Agricultura y Ganadería
Departamento de Agricultura, Pesca y Alimentación del Gobierno Vasco
c/ Donostia — San Sebastian, 1
E-01010 Vitoria-Gasteiz

Internetadresse: <http://www.euskadi.net/bopv>

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen

(2006/C 258/03)

Nummer der Beihilfe: XA 53/06 (b)

Mitgliedstaat: Niederlande

Region: Provinz Limburg

Bezeichnung der Beihilferegulierung beziehungsweise bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens:

Kwekerij Litjens (Zuschuss zu zusätzlich anfallenden Kosten für eine archäologische Untersuchung und Ausgrabung in Horst/Meterik)

Rechtsgrundlage: Artikel 4:23 lid 3 onderdeel d Algemene wet bestuursrecht (Artikel 4:23 Absatz 3 Buchstabe d des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes), Beschluss der Gedeputeerde Staten (Deputiertenstaaten) vom 16. Mai 2006

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung beziehungsweise Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 80 000 EUR

Beihilfeshöchstintensität: 80 000 EUR

Bewilligungszeitpunkt: 16. Mai 2006 — Bei der Bezahlung werden die im Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz vorgesehene Möglichkeit des Einspruchs sowie der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Meldung im Amtsblatt durch die Europäische Kommission berücksichtigt

Laufzeit der Regelung beziehungsweise Auszahlung der Einzelbeihilfe: Die Beihilfe wird zu 50 % als Vorschuss gezahlt. Die restlichen 50 % werden nach Abschluss des Projekts ausgezahlt

Zweck der Beihilfe: Bei den Voruntersuchungen in Zusammenhang mit einem entsprechend den nationalen Vorschriften und den Vorschriften auf der Ebene der Provinz eingereichten Bauantrag gemäß Artikel 19 Wet op de Ruimtelijke Ordening (Raumordnungsgesetz) auf Erweiterung eines Gewächshauskomplexes in Horst-Meterik wurde eine archäologische Fundstätte entdeckt, die von so herausragender Bedeutung ist, dass sie ausgegraben werden muss. Die Kosten der Ausgrabung stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten der Investition und zu der geschätzten Gewinnspanne dieses privaten Bauvorhabens.

Eine genauere Prüfung ergab, dass durch die Egalisierung und die Errichtung der Fundamente Lücken im Bodenarchiv entstehen werden, wodurch der Zusammenhang der Informationen verloren geht und die verbleibenden Informationen für die Archäologie kaum noch von Wert sein werden. Die Fundstätte selbst ist für Limburg von einzigartiger Bedeutung, und sie muss im Auftrag der Familie Litjens ausgegraben werden. Unter diesem Gesichtspunkt und in Anbetracht der Tatsache, dass eine Erhaltung des Fundes an Ort und Stelle nicht in Betracht kommt (siehe unten), wurde die Ausgrabung beschlossen.

Die Kosten der Ausgrabung werden fürs erste auf 160 000 EUR (ohne MwSt) geschätzt. Ein solcher Betrag stellt normalerweise für einen Projektentwickler oder eine Gemeinde kein unüberwindliches Problem dar, da die Kosten mit den Boden- und Wohnungspreisen verrechnet werden können. In diesem Fall handelt es sich bei dem Bauherrn um eine Privatperson beziehungsweise einen Kleinunternehmer (Erzeuger von

Paprika), dessen Gewinnspanne eine Übernahme der Kosten der Ausgrabung nicht zulässt (Ertragsausfall als Folge der archäologischen Ausgrabung). Unter diesem Gesichtspunkt und in Anbetracht der Tatsache, dass die archäologische Fundstätte für Limburg von einzigartiger Bedeutung ist, haben die Provinz Limburg und die Gemeinde Horst aan de Maas beschlossen, sich mit einem Zuschuss an den Kosten der Ausgrabung zu beteiligen. Die Kosten werden wie folgt aufgeteilt:

— Provinz Limburg:	80 000 EUR
— Gemeinde Horst aan de Maas:	40 000 EUR
— Familie Litjens:	40 000 EUR
	<hr/>
	160 000 EUR

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Provincie Limburg
Postbus 5700
6202 MA Maastricht
Nederland

Internetadresse: <http://www.limburg.nl/nl/html/socrates/PSINFO/Openbare%20besluitenlijsten%20GS2006/060323-0235.doc>

Nummer der Beihilfe: XA 73/06

Mitgliedstaat: Tschechische Republik

Region: Vysočina

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: „Podpora poskytování technické podpory v odvětví zemědělství.“ (Beihilfe zur technischen Hilfe im Agrarsektor)

Der landwirtschaftliche Unternehmer, d. h. die natürliche oder juristische Person, dessen Einkommen aus regelmäßiger und unabhängiger, in eigenem Namen, unter eigener Verantwortung und zu Ertragszwecken ausgeübter landwirtschaftlicher Tätigkeit stammt.

Juristischen Personen, die zu nichtgewerblichen Zwecken gegründet wurden, also bürgerliche Genossenschaften, gemeinnützige Gesellschaften oder Interessengemeinschaften juristischer Personen

Rechtsgrundlage:

1. Zákon č. 129/ 2000 Sb., o krajích (krajské zřízení), ve znění pozdějších předpisů
2. Zákon č. 250/2000 Sb., o rozpočtových pravidlech územních rozpočtů, ve znění pozdějších předpisů
3. Zákon č. 252/ 1997 Sb., o zemědělství, ve znění pozdějších předpisů
4. Program rozvoje kraje Vysočina

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Ausgabe pro Jahr höchstens 200 000 CZK

Beihilfemaximalintensität: Höhe der Beihilfe: bis 100 % der zuschussfähigen Ausgaben.

Die zuschussfähigen Ausgaben belaufen sich auf 5 000-200 000 CZK je Einzelvorhaben.

Der Höchstbetrag des Zuschusses je Begünstigtem/Projektträger beläuft sich auf 200 000 CZK.

Der Gesamtbetrag des Zuschusses im Rahmen dieser Maßnahme darf innerhalb eines Dreijahreszeitraums 100 000 EUR je Begünstigtem nicht überschreiten

Bewilligungszeitpunkt: Ab 1. September 2006

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis 31. Dezember 2006

Zweck der Beihilfe: Die Beihilfe dient der Verbesserung der Fachkenntnisse von Personen im Agrarsektor mit dem Ziel der Erhöhung der Arbeitseffektivität und -produktivität.

Diese Beihilfe steht im Einklang mit den allgemein geltenden Rechtsvorschriften in der Tschechischen Republik und mit den Zielen und Schwerpunkten des Programms zur Entwicklung der Region Vysočina. Die Beihilfe wird geregelt durch die Verordnung (EG) Nr.

Als zuschussfähig gelten Ausgaben für die Veranstaltung und Ausschreibung von Wettbewerben und Ausstellungen zum Agrarsektor, einschließlich Beihilfen zu Ausgaben im Zusammenhang mit der Teilnahme der Aussteller an solchen Maßnahmen, Ausgaben für die Veranstaltung und Organisation von Schulungsmaßnahmen für den Agrarsektor in Form von Kursen, Seminaren oder Workshops sowie Ausgaben für die technologische und wirtschaftliche Beratung von Unternehmern im Agrarsektor

Betroffener Wirtschaftssektor: Landwirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Krajský úřad kraje Vysočina
Žižkova 57
CZ-587 33 Jihlava

Internetadresse: <http://www.kr-vysocina.cz/>

Sonstige Auskünfte: Die Regionalbehörde von Vysočina erklärt, dass die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 eingehalten werden, d. h. dass die Beihilfe für kleine und mittlere Unternehmen bestimmt ist und die in dieser Verordnung festgesetzten Höchstbeträge eingehalten werden

Beihilfe-Nummer: XA 74/06

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Département de Saône-et-Loire

Bezeichnung der Beihilferegelung: Entwicklung einer nachhaltigen Umweltpolitik

Rechtsgrundlagen:

— Art. L 3231-2 et suivants du Code général des collectivités territoriales permettant aux collectivités territoriales d'accorder des aides pour favoriser le développement économique

— Art. L. 1511-2 du Code général des collectivités territoriales

— Délibération du Conseil général du 15.12.2006

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 100 000 EUR (Höchstbetrag)

Beihilfemaximalintensität:

Bezeichnung der Maßnahme	Art der beihilfefähigen Ausgaben	Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben in EUR (ohne Steuern)	Beihilfesatz nach der allgemeinen Regelung
Kompostierung im landwirtschaftlichen Betrieb	Anlage zur Kompostierung und Kompostlagerung mit Auffangsystem für die austretende Flüssigkeit	20 000	20 %
Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen	Pressen — Geräte und Anlagen für die Verwertung des Ölkuchens — Umrüstung landwirtschaftlicher Maschinen auf Biokraftstoffe	10 000	30 %
Regenwassernutzung	Neue Auffangspeicher und Material inklusive Pumpe (gilt nicht für die alleinige Anschaffung der Pumpe)	5 000	20 %

Bewilligungszeitpunkt: Im Jahre 2006, ab Eingang der Empfangsbestätigung der Europäischen Kommission

Laufzeit des Projekts bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Sieben Jahre, vorbehaltlich einer Änderung der europäischen Rechtsvorschriften sowie der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln

Zweck der Beihilfe: Ziel ist es, in landwirtschaftlichen Betrieben umweltschonendere Verfahren zu fördern:

- Vergärbare Abfälle des Betriebs sowie landwirtschaftliche Pflanzenabfälle sollen vom Betrieb selbst kompostiert werden.
- Die Nutzung von Biokraftstoffen, die im Betrieb hergestellt und von diesem selbst verbraucht werden, soll gefördert werden.
- Landwirte sollten dazu veranlasst werden, ihren Wasserverbrauch durch eine effiziente Regenwassernutzung zu senken. Mit der Beihilfe sollen Regenwasser-Auffangspeicher sowie Verteilerpumpen finanziert werden (damit der Betrieb mit diesem System seinen Wasserverbrauch insbesondere zur Reinigung der Geräte decken kann).

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Sektoren der landwirtschaftlichen Erzeugung im Département Saône-et-Loire

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

MONSIEUR LE PRÉSIDENT DU CONSEIL GÉNÉRAL DE SAÔNE-ET-LOIRE
 Direction de l'Équipement rural et de l'agriculture
 Service des Affaires Agricoles
 Espace Duhesme — 18, rue de Flacé
 F-71026 Macon Cedex 9

Internetadresse: <http://www.cg71.com>

Beihilfe-Nummer: XA 75/06

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Département de Saône-et-Loire

Bezeichnung der Beihilferegelung: Anschaffung gemeinschaftlich genutzter Geräte

Rechtsgrundlagen:

- Art. L 3231-2 et suivants du Code général des collectivités territoriales permettant aux collectivités territoriales d'accorder des aides pour favoriser le développement économique
- Art. L. 1511-2 du Code général des collectivités territoriales
- Délibération du Conseil général du 15.12.2006

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 60 000 EUR (Höchstbetrag)

Beihilfehöchstintensität: Beihilfefähige Ausgaben: neue Geräte

Kompoststreuer — Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben: 22 500 EUR

Kompostumsetzer — Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben: 36 800 EUR

Mähmaschinen für Weinberge — Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben: 22 500 EUR

Heckenschneider — Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben: 22 500 EUR

mobile Holz-Zerkleinerer oder -Häcksler — Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben: 22 500 EUR

Pflegetraktoren — Höchstbetrag der beihilfefähigen Ausgaben: 80 000 EUR

Nicht beihilfefähige Ausgaben: Material zur Erneuerung bestehender Geräte

Beihilfesatz: 20 % außer bei Pflegetraktoren (Beihilfesatz 15 % — Beihilfeobergrenze einschließlich sonstiger Finanzmittel 40 %)

Die Beihilfe wird um 5 % angehoben, wenn ein Investitionsplan über mindestens 3 Jahre vorliegt

Bewilligungszeitpunkt: Im Jahre 2006, ab Eingang der Empfangsbestätigung der Europäischen Kommission

Laufzeit des Projekts bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Sieben Jahre, vorbehaltlich einer Änderung der europäischen Rechtsvorschriften und der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln

Zweck der Beihilfe: Da sich das Konzept der gemeinschaftlichen Nutzung landwirtschaftlicher Geräte in jüngsten Krisensituationen als effizient erwiesen hat, möchte das Département Saône-et-Loire Maschinenringe (CUMA) unterstützen. Ergänzend zu den Beihilfen der Region soll daher im Rahmen der entsprechenden Obergrenzen die Anschaffung landwirtschaftlicher Geräte gefördert werden. Mit diesen Geräten sollen umweltschonende Anbaubedingungen der Betriebe gefördert werden.

Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 sind folgende Ausgaben beihilfefähig: Kompoststreuer, Kompostwender, Mähmaschinen für Weinberge, Heckenschneider, mobile Holz-Zerkleinerer oder -Häcksler, Pflegetraktoren

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Sektoren der landwirtschaftlichen Erzeugung im Département Saône-et-Loire

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

MONSIEUR LE PRÉSIDENT DU CONSEIL GÉNÉRAL DE SAÔNE-ET-LOIRE
 Direction de l'Équipement rural et de l'agriculture
 Service des Affaires Agricoles
 Espace Duhesme — 18, rue de Flacé
 F-71026 Macon Cedex 9

Internetadresse: <http://www.cg71.com>

Nummer der Beihilfe: XA 76/06

Mitgliedstaat: Slowakische Republik

Region: Mittelslowakei

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Poľnohospodárske
 družstvo Belá — Dulice

SK-038 11 Belá — Dulice 1, IČO: 00196452

Rechtsgrundlage:

— Ustanovenie § 240 ods. 3 v spojení s ustanovením § 277a
 zákona č. 461/2003 Z. z. o sociálnom poistení v znení
 zákona č. 721/2004 Z. z.

— Ustanovenie § 5 ods. 2 písm. b) zákona 231/1999 Z. z.
 o štátnej pomoci

— Metodické usmernenie Sociálnej poisťovne č. 30/2005

— Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission, Artikel 4
 Absatz. 3 Buchstabe c

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regulierung bzw.
Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzel-
beihilfe: 393 226 SKK d. h. 10 324,144 EUR (Kurs vom
 3.8.2006)

Beihilfehöchstintensität: 13,85 %

Bewilligungszeitpunkt: 2006

Laufzeit der Regulierung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
 August 2006

Zweck der Beihilfe: KMU — Landwirtschaft

Betroffener Wirtschaftssektor: Landwirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Sociálna poisťovňa, pobočka Martin
 Nám. SNP 4, SK-036 25 Martin

Internetadresse: www.socpoist.sk

XA-Nummer: XA 77/06

Mitgliedstaat: Slowakische Republik

Region: Mittelslowakei

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: AFG, s.r.o., Džiny
 122/40

039 18 Turčianske Teplice, IČO: 36383422

Rechtsgrundlage:

— Ustanovenie § 240 ods. 3 v spojení s ustanovením § 277a
 zákona č. 461/2003 Z. z. o sociálnom poistení v znení
 zákona č. 721/2004 Z. z.

— Ustanovenie § 5 ods. 2 písm. b) zákona 231/1999 Z. z.
 o štátnej pomoci

— Metodické usmernenie Sociálnej poisťovne č. 30/2005

— Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c der Verordnung (EG)
 Nr. 1/2004 der Kommission

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regulierung bzw.
Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzel-
beihilfe: 955 843 SKK d. h. 25 095,646 EUR (Kurs vom
 3.8.2006)

Beihilfehöchstintensität: 35,5 %

Bewilligungszeitpunkt: 2006

Laufzeit der Regulierung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
 August 2006

Zweck der Beihilfe: KMU — Landwirtschaft

Betroffener Wirtschaftssektor: Landwirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Sociálna poisťovňa, pobočka Martin
 Nám. SNP 4, SK-036 25 Martin

Internetadresse: www.socpoist.sk

Beihilfe Nr.: XA 78/06

Mitgliedstaat: Polen

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Beihilfe an die Besit-
 zer von Pferden der Rasse Englisches Vollblut oder von reinras-
 sigen Vollblutarabern für die Teilnahme ihrer Pferde an Rennen,
 die als Zuchtprüfung veranstaltet werden, um die Pferde auf-
 grund des unmittelbaren Vergleichs im Wettbewerb auf der
 Rennbahn hinsichtlich ihrer Schnelligkeit und Leistungsfähig-
 keit einzustufen

Rechtsgrundlage:

1) Ustawa z dnia 30 maja 2005 r. o finansach publicznych
 (Dz.U. z 2005 r., nr 249, poz. 2104, z późn. zm.)

2) Rozporządzenie Ministra Rolnictwa i Rozwoju Wsi z dnia
 30 maja 2006 r. w sprawie stawek dotacji przedmiotowych
 dla różnych podmiotów wykonujących zadania na rzecz
 rolnictwa (Dz.U. z 2006 r., nr 98, poz. 683, z późn. zm.)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regulierung bzw.
Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzel-
beihilfe: Die voraussichtlichen Kosten der Beihilferegulierung wer-
 den mit 2 000 000 PLN veranschlagt

Beihilfehöchstintensität bzw. maximaler Förderbetrag je
beihilfefähiges Element: 820 PLN je zur Zuchtprüfung ange-
 meldetes Pferd

Bewilligungszeitpunkt: Nach Erhalt der Empfangsbestätigung
 durch die Europäische Kommission mit der Identifikationsnum-
 mer für die mit der vorliegenden Kurzbeschreibung mitgeteilte
 Beihilferegulierung

Laufzeit der Regulierung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
 Von der 3. Dekade des August 2006 bis Dezember 2006

Zweck der Beihilfe: Gemäß Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe d) Ziffer (i) der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen besteht die Beihilfe in Form eines Zuschusses zu den Gebühren für die Anmeldung der Pferde zu einem der Rennen des Jahres 2006, damit die Teilnahme einer hinreichenden Anzahl Tiere gesichert ist und somit die Zuchtprüfung abgehalten werden kann. Da im laufenden Jahr für die Pferderennbahn Służewiec in Warschau kein Rennveranstalter gefunden werden konnte, der eine Berechtigung für die Durchführung von Totalisatorwetten besaß, war die Abhaltung der Zuchtprüfung für rund 970 Pferde gefährdet. Die Zuchtprüfungen, denen die Pferde einer bestimmten Altersklasse unterworfen werden, bilden ein wichtiges Element zur Beurteilung ihres Zuchtwerts und entscheiden über die Eignung der Pferde für die weitere Verwendung in der Zucht. Pferde, die keine solche Beurteilung ihres Zuchtwerts durchlaufen haben, wären für die Zuchtverwendung praktisch verloren. Zur Verhinderung einer solchen Situation wurde die Initiative ergriffen, auf der Pferderennbahn Służewiec Rennen zu veranstalten, die ausschließlich als Zuchtprüfung dienen, ohne dass die Zuschauer einen Eintrittspreis bezahlen müssen und ohne dass Totalisatorwetten durchgeführt werden. Unter diesen Gegebenheiten bestehen die Einnahmen des künftigen Veranstalters im Wesentlichen aus den Gebühren für die Anmeldung der Pferde zu den Rennen. Allerdings hat dies erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Anmeldegebühren, so dass diese für die Pferdebesitzer, die ihre Pferde zu den Zuchtprüfungen des Jahres 2006 anmelden möchten, unbezahlbar sein könnten.

Im Interesse der Beteiligung einer hinreichenden Anzahl Pferde an den Zuchtprüfungen und als Anreiz für die Pferdebesitzer, ihre Tiere zu den Rennen anzumelden, hielt es der polnische Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung daher

für angezeigt, die Teilnahme der Pferde an den Zuchtprüfungen durch eine Beihilfe zu fördern, die in Form eines Zuschusses zu den Anmeldegebühren für die Rennen gewährt wird

Betroffene Wirtschaftssektoren: Die Beihilfe wird an Begünstigte gewährt, die eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Tierhaltungssektor ausüben

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Minister Rolnictwa i Rozwoju Wsi
ul. Wspólna 30, PL-00-930 Warszawa

Internetadresse: Die Verordnung des poln. Ministers für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung mit den Grundsätzen für die Gewährung der Beihilfe kann unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://isip.sejm.gov.pl/prawo/indez.html>

Sonstige Auskünfte:

- Die Gebühren für die Anmeldung eines Pferdes zu einem als Zuchtprüfung gewerteten Rennen betragen 870 PLN.
- Die Bruttohöhe der Beihilfe (Bruttobeihilfeintensität) wurde berechnet gemäß der Definition in Artikel 2 Nummer 5 der Verordnung (EG) Nr. 1/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen. Es handelt sich demnach um das Verhältnis zwischen dem Bruttobeihilfebetrug und den Anmeldegebühren je Pferd, d.h. $820 \text{ PLN} / 870 \text{ PLN} = 94,25 \%$.
- Der Mittelansatz für die Beihilferegelung beruht auf der Annahme, dass der Zuschuss in Höhe von 820 PLN/Pferd zu den Anmeldegebühren maximal für 2 420 Rennanmeldungen gewährt wird

Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2006/C 258/04)

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung bei der Europäischen Kommission eingehen.

ZUSAMMENFASSUNG

VERORDNUNG (EG) Nr. 510/2006 DES RATES

Antrag auf Eintragung nach Artikel 5 und Artikel 17 Absatz 2

„ARANCIA DEL GARGANO“

EG-Nr.: IT/PGI/005/0296/10.06.2003

g. U. () g. A. (X)

Diese Zusammenfassung wurde zu Informationszwecken erstellt. Die vollständige Fassung mit den Einzelheiten der Spezifikation steht für Interessenten bei den zuständigen einzelstaatlichen Stellen (s. Nr. 1) und bei der Europäischen Kommission ⁽¹⁾ zur Verfügung.

1. *Zuständige Behörde des Mitgliedstaats:*

Name: Ministero delle Politiche Agricole e Forestali
Anschrift: Via XX Settembre, 20
I-00187 Roma
Tel.: 06 481 99 68
Fax: 06 42 01 31 26
E-Mail: qtc3@politicheagricole.it

2. *Vereinigung:*

Name: Consorzio di tutela e valorizzazione «Gargano Agrumi»
Anschrift: Via Salita della Bella
I-71018 Vico del Gargano (FG)
Tel.: 0884-96 62 29
Fax: 0884-96 63 99
E-Mail: —
Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter () andere (X)

3. *Art des Erzeugnisses:*

Klasse 1.6 — Obst, Gemüse und Getreide, unverarbeitet oder verarbeitet

4. **Spezifikation** (*Zusammenfassung der Anforderungen nach Artikel 4 Absatz 2*)

4.1 Name: „Arancia del Gargano“

4.2 Beschreibung: Früchte des Ökotyps „Biondo comune del Gargano“ und des lokalen Ökotyps „du-retta del Gargano“, die vor Ort als *arancia tosta* bezeichnet werden.

Die wesentlichen Eigenschaften der „Arancia del Gargano“ sind:

⁽¹⁾ Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Referat Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse, B-1049 Brüssel.

Biondo comune del Gargano:

- Kugel- oder Birnenform,
- mehr oder weniger weiche, lederne, recht feinporige Schale von intensiv goldgelber Farbe,
- Durchmesser mindestens 60 mm,
- Mindestsaffertrag bei Handpressung 35 %.

Das Weiße ist von weicher Konsistenz und mittlerer Haftung; die Fruchtblattachse ist unregelmäßig, mittelgroß und halbvoll; Fruchtfleisch und Saft sind orangegelb und haben einen Zuckergehalt von nicht unter 9 % und einen Säuregehalt unter 1,2 %, einen in Grad Brix gemessenen Zuckergehalt von mindestens 10 und ein Verhältnis Brix-Reifung/wasserfreie Zitronensäure von nicht unter 6.

Arancia duretta:

- runde oder ovale Form, als *duretta tonda* oder *a viso lungo* bezeichnet,
- sehr glatte, unterschiedlich intensiv hellorange Schale mit feinen Papillen,
- Fruchtfleisch von feiner Struktur mit Bläschen, bernsteinfarben, typisch bissfest, ohne oder mit wenig Kernen und einem Säuregehalt von weniger als 1,2 %,
- Durchmesser mindestens 55-60 mm,
- Mindestsaffertrag bei Handpressung 35 %,
- Zuckergehalt nicht unter 10 %,
- in Grad Brix gemessener Zuckergehalt von mindestens 11 und ein Verhältnis Brix-Reifung/wasserfreie Zitronensäure von nicht unter 6,2.

Beide Typen müssen schwere Früchte mit einem Gewicht nicht unter 100 g und einer einheitlich gefärbter Schale sowie einem kräftig grünen Stielansatz aufweisen.

Die „*Arancia del Gargano*“ muss in festen, geschlossenen Behältnissen aus Material pflanzlicher Herkunft wie Holz oder Karton mit einem Fassungsvermögen zwischen mindestens 1 kg und höchstens 25 kg verpackt in den Handel gebracht werden; durch die Verpackung muss gewährleistet sein, dass mindestens 80 % der Früchte mit oder ohne Papierhülle das Logo I. G. P. „*Arancia del Gargano*“ tragen. Werden die Früchte lose vermarktet, müssen sie das oben genannte Logo tragen.

- 4.3 Geografisches Gebiet: Das geografische Gebiet, in dem diese Orangen erzeugt und verpackt werden, liegt in der Provinz Foggia (Region Apulien) und umfasst die Gebiete der Gemeinden Vico del Gargano, Ischitella und Rodi Garganico und insbesondere den nördlichen Küstenstreifen und das Hinterland des Gargano-Vorgebirges von Vico del Gargano über Rodi Garganico bis hinter Ischitella.
- 4.4 Ursprungsnachweis: Jede Phase des Erzeugungsprozesses wird ständig durch die Eintragung in entsprechende Register dokumentiert, die von der Kontrollstelle, den Erzeugern und den Verpackungsbetrieben geführt werden, so dass Verfolgbarkeit und Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses gewährleistet sind. Die Erzeugung wird auf allen Stufen kontinuierlich überwacht. Durch Eintragung der Erzeuger und der Verpackungsbetriebe in von der Kontrollbehörde geführte Register ist die Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses gewährleistet.

Die Rückverfolgbarkeit und der Herkunftsnachweis werden außerdem dadurch gesichert, dass jeder Orangenhain in einem entsprechenden Register erfasst wird, das die Kontrollbehörde führt. Dabei werden die Merkmale des Orangenhains sowie die der Kontrollbehörde gemeldete Erzeugungsmenge erfasst. Alle in den entsprechenden Melderegistern aufgeführten natürlichen und juristischen Personen werden von der Kontrolleinrichtung gemäß den Bestimmungen der Spezifikation und dem dazugehörigen Kontrollplan kontrolliert.

- 4.5 Herstellungsverfahren: Der Spezifikation zufolge sind bei der Anlage von Orangenhainen die orografischen und pedologischen Besonderheiten des Erzeugungsgebiets zu beachten: Bei abschüssigen Parzellen werden mit Trockenmauern und Randbefestigungen Terrassen angelegt. Als Unterlage werden traditionell ausschließlich Pomeranzenbäume (*citrus mearda*) eingesetzt, die nach den geltenden Vorschriften zertifiziert wurden.

Die Baumgestalt besteht aus zwei Haupt- und zwei Nebenzweigen, so dass die Baumkrone sich wie ein Kreis innerhalb eines Quadrates entwickelt und die Form einer Halbkugel (der so genannten cupola) annimmt, was die Belüftung und Ernte vereinfacht.

Die Anpflanzung erfolgt traditionsgemäß in rautenförmiger Anordnung; die Pflanzdichte liegt zwischen 250 und 400 Pflanzen je ha.

Bewässert wird von Mai bis Oktober.

Die Orangenerzeugung darf 30 t pro Hektar der Sorte „*Biondo comune del Gargano*“ und 25 t pro Hektar der Sorte „*Duretta del Gargano*“ nicht übersteigen.

Die Erntezeit wurde aufgrund der natürlichen, ausgeprägten Staffelung der Reifung der „*Arancia del Gargano*“ wie folgt festgesetzt: vom 15. April bis Ende August für die „*Biondo comune del Gargano*“ und vom 1. Dezember bis zum 30. April für die „*Duretta del Gargano*“.

Die Ernte erfolgt von Hand nur unter Zuhilfenahme von Baumscheren. Eine künstliche Fruchtreifung ist verboten.

Die Verpackung der Erzeugnisse mit der g. g. A. „*Arancia del Gargano*“ darf ausschließlich im unter 4.3 festgelegten Erzeugungsgebiet erfolgen, damit die Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses gewährleistet ist.

- 4.6 Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet: Der Antrag auf Registrierung der g. g. A. stützt sich auf den unbestreitbaren Ruf des Erzeugnisses. Die klimatischen Bedingungen im Anbaugbiet führen zu einem erheblichen Qualitätsvorteil: Vor allem sind die Früchte und Pflanzen wegen des nicht übermäßig heißen Klimas wenig anfällig für Krankheiten. Ein zweites mit den klimatischen Bedingungen zusammenhängendes Wesensmerkmal ist die Reifezeit, die die Orangen aus dem Gargano von denen aus anderen italienischen Anbaugebieten unterscheidet: sie reifen nicht im Januar, Februar oder März, sondern erst Ende April-Mai und bis in den August hinein, also etliche Monate später als in allen anderen italienischen Anbaugebieten. Ein letzter, jedoch nicht weniger wichtiger Aspekt ist die besondere Haltbarkeit, die es in vergangenen Zeiten möglich machte, Gargano-Orangen auf eine 30- oder auch 40-tägige Reise nach Chicago oder New York zu schicken, wo sie unverseht ankamen. Einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg und zum Ruf der Gargano-Orange leisteten auch ihre unverwechselbaren organoleptischen Eigenschaften und ihre Größe, ein Ergebnis der bodenklimatischen Bedingungen im Erzeugungsgebiet (Böden aus rotem Kalkstein, die vor allem eisen- und manganreich sind, im Allgemeinen kleine Täler oder Talsohlen; kalte Winde und demzufolge plötzliche Temperaturstürze) sowie auch die stetige Arbeit des Menschen, durch die im Laufe der Zeit ein großer Schatz an agronomischem Wissen aufgehäuft wurde.

Schon in der Antike drang der Ruf der Gargano-Orange über die Grenzen der Region hinaus und sie wird auch in den Werken verschiedener Autoren — darunter Gabriele d'Annunzio — erwähnt. Seit dem 18. Jahrhundert gibt es eine große Prozession, die heute noch jedes Jahr im Februar zu Ehren des heiligen Valentin — dem Schutzpatron der Zitrushaine — stattfindet und auf der die Orangen- und Zitronenpflanzen und -früchte gesegnet werden. Es gibt zahlreiche Verzeichnisse, Fotografien, Poster und Anzeigen, die den außergewöhnlichen, auch internationalen Ruf der hervorragenden, unverwechselbaren Zitrusfrüchte aus dem Gargano bezeugen.

Die erste historische Erwähnung des Zitrusfrüchteanbaus in diesem Gebiet geht auf das Jahr 1003 zurück und verdankt sich Melo, dem Fürsten von Bari, der den Normannen zeigen wollte, welche Reichtümer die Erde des Gargano hervorbringt. Er schickte daher „Zitrusäpfel“, also Bitterorangen, aus dem Gargano in die Normandie. Im 16. Jahrhundert entspann sich zwischen den Gemeinden Vico del Gargano und Rodi Garganico und den Venezianern ein reger Handel mit Zitrusfrüchten. Dieser intensive Handel wurde im 18. Jahrhundert fortgesetzt, und der Ruf der Gargano-Orange drang bis in die übrigen Länder Europas und bis nach Amerika vor.

4.7 Kontrollstelle:

Name: C.C.I.A.A. di Foggia

Anschrift: via Dante, 27
I-71100 Foggia

Tel.: 0881 79 71 11

Fax: 0881 72 60 46

E-Mail: —

Die Kontrolleinrichtung ist eine staatliche Behörde.

4.8 Etikettierung: Auf den Verpackungen müssen folgende Angaben angebracht sein:

„*Arancia del Gargano*“ gefolgt vom Namen des vermarkteten Ökotyps *Biondo comune* oder *duretta*, das Logo, die — auch ausgeschriebene — Bezeichnung „I.G.P.“ Angaben zum Erzeuger, dem Verpacker und dem Händler sowie das Nettogewicht.

Erzeugnisse, bei denen die I.G.P. „Arancio del Gargano“, auch aufbereitet oder verarbeitet, als Zutat verwendet wird, dürfen mit Hinweis auf diese Bezeichnung ohne Anbringen des Gemeinschaftslogos in den Handel gebracht werden, sofern

- in der betreffenden Warengruppe ausschließlich zertifizierte Früchte verwendet werden;
- die Verarbeiter von den Inhabern des mit der Eintragung der geschützten geografischen Angabe erworbenen Rechts auf geistiges Eigentum, die in einer vom Landwirtschaftsministerium hierzu ermächtigten Vereinigung zusammengeschlossen sind, eine entsprechende Erlaubnis erhalten haben. Die Vereinigung muss sie auch in die speziellen Verzeichnisse eintragen und auf die ordnungsgemäße Verwendung der geschützten Bezeichnung achten. Wenn eine solche Vereinigung nicht besteht, werden diese Aufgaben vom Landwirtschaftsministerium als der mit der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 betrauten Behörde wahrgenommen.

Das Logo besteht aus dem stilisierten Bild zweier Orangen und einem mit Blättern behangenen Zweig in einer ellipsenförmigen Krone. Über der Krone findet sich die Aufschrift „Arancia del Gargano“, darunter die Angabe *Indicazione Geografica Protetta*.

Die abgebildeten Orangen sind apfelsinenfarbig, die Inschrift „Arancia del Gargano“ ist weiß auf apfelsinenfarbigem Hintergrund, Zweig und Blätter sind grün, und die Beschriftung *Indicazione Geografica Protetta* ist perspektivisch verkleinert mit Schattierung wiedergegeben.

4.9 Einzelstaatliche Vorschriften: —

Angaben der Mitgliedstaaten über Staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden

(2006/C 258/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Nummer der Beihilfe	XS 14/06		
Mitgliedstaat	Bundesrepublik Deutschland		
Region	Freistaat Sachsen		
Bezeichnung der Beihilferegelung	ESF-Mikrodarlehen		
Rechtsgrundlage	<p>Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Förderung von Existenzgründern durch Gewährung von Mikrodarlehen (Richtlinie ESF-Mikrodarlehen) vom 14. Dezember 2005 (SächsABl Heft 52/2005 vom 29.12.2005, S. 1280);</p> <p>§§ 23, 44 der Sächsischen Haushaltsordnung;</p> <p>Operationelles Programm zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000–2006;</p> <p>Verordnung (EG) Nr. 1784/1999</p> <p>Verordnung (EG) Nr. 1260/1999</p>		
Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung	Beihilferegelung	Gesamtbetrag pro Jahr	
		Darlehensbürgschaft	Der Fonds wird einmalig mit 25 Mio. EUR ausgestattet.
Beihilfehöchstintensität	In Einklang mit Artikel 4 (2)-(6) und Artikel 5 der Verordnung	Ja	
Inkrafttreten	1.1.2006		
Laufzeit der Regelung	Die Mikrodarlehen werden aus dem bei der SAB errichtet ESF-Mikrodarlehensfonds ausgereicht. Der Fonds hat die Laufzeit vom 19.12.2005 bis zum 31.12.2013. Darlehen werden allerdings nur bis zum 31.12.2008 (Strukturfondsförderperiode) ausgereicht. In der Zeit danach werden die bestehenden Darlehensverträge vom Fonds abgewickelt.		
Zweck der Beihilfe	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	Ja	
Betroffene Wirtschaftssektoren	Alle Wirtschaftsbereiche, in denen KMU-Beihilfen gewährt werden dürfen	Nein	
	Förderung beschränkt auf folgende Wirtschaftsbereiche	Ja	
	— Bergbau		
	— Gesamte verarbeitende Industrie	Nein	
	oder		
	Stahlindustrie	Nein	
	Schiffbau	Nein	
	Kunstfaserindustrie	Nein	
	Kfz-Industrie	Nein	
	Andere Bereiche der verarbeitenden Industrie	Ja	
	— Sämtliche Dienstleistungen	Nein	
	oder		
	Verkehr	Nein	
Finanzdienstleistungen	Nein		
sonstige Dienstleistungen	Ja		

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Sächsische Aufbaubank — Förderbank		
	Pirnaische Straße 9 D-01069 Dresden		
Einzelbeihilfen für größere Vorhaben	In Einklang mit Artikel 6 der Verordnung	Ja	
Für die Gewährung von Darlehen nach dem 31.12.2006 versichern die deutschen Behörden, dass die Voraussetzungen der zu diesem Zeitpunkt geltenden KMU-Freistellungsverordnung eingehalten werden. Die Richtlinie (ESF-Mikrodarlehen) wird insoweit an die ab 1.1.2007 in Kraft tretende KMU-Freistellungsverordnung angepasst.			
Nummer der Beihilfe	XS 20/06		
Mitgliedstaat	Italien		
Region	Kampanien		
Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens	Neue Beihilferegelung für das Handwerk, 2. Bekanntmachung		
Rechtsgrundlage	POR Campania 2000-2006 approvato dalla Commissione Europea con decisione C(2000) 2347 dell'8 agosto 2000 e s.m.i. Complemento di Programmazione, misura 4.2 b) Deliberazione di Giunta Regionale N. 786 del 10.4.2004.		
Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe	Beihilferegelung	Gesamtbetrag pro Jahr	15 Mio. EUR
		Darlehensbürgschaft	
	Einzelbeihilfe	Gesamtbetrag der Beihilfe	
		Darlehensbürgschaft	
Beihilfehöchstintensität	In Einklang mit Artikel 4 (2)-(6) und Artikel 5 der Verordnung	Ja	
Bewilligungszeitpunkt	30.1.2006		
Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe	Bis zum 31.12.2006		
Zweck der Beihilfe	Beihilfen für Handwerksunternehmen, unter Berücksichtigung der in der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 angenommenen Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen	Ja	
Betroffene Wirtschaftssektoren	Alle Wirtschaftsbereiche, in denen KMU-Beihilfen gewährt werden dürfen	Ja	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Regione Campania Assessorato Attività Produttive Area Generale di Coordinamento n. 12 «Sviluppo Attività Settore Secondario» Dirigente del Settore Artigianato Dr.ssa Vittoria Capriglione «Sviluppo e Promozione Attività Artigiane e della Cooperazione».		
	Centro Direzionale I-Isola A6 Telefono 081.7966724, 081.7966725; fax 081.7966718 e-mail: v.capriglione@regione.campania.it		
Einzelbeihilfen für größere Vorhaben	In Einklang mit Artikel 6 der Verordnung	Ja	

Nummer der Beihilfe	XS 24/06		
Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich		
Region	Ziel-1-Gebiet West Wales & The Valleys		
Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens	Energy Tech Ltd		
Rechtsgrundlage	Verordnung (EG) Nr. 1260/99 des Rates		
	The Structural Funds (National Assembly for Wales) Regulations 2000 (No/906/2000)		
	The Structural Funds (National Assembly for Wales) Designation2000		
Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe	Beihilferegelung	Gesamtbetrag pro Jahr	
		Gesicherte Darlehen	
	Einzelbeihilfe	Gesamtbetrag der Beihilfe	300 300 GBP
		Gesicherte Darlehen	
Beihilfehöchstintensität	Nach Artikel 4 Absätze 2-6 und Artikel 5 der Verordnung	Ja	
Bewilligungszeitpunkt	Ab dem 17.1.2006		
Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe	Bis zum 31.12.2006 NB: Wie angegeben wurde die Beihilfe vor dem 31. Dezember 2006 bewilligt. Entsprechende Zahlungen können (gemäß N+2) bis zum 30. April 2008 geleistet werden.		
Zweck der Beihilfe	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	Ja	
Betroffene Wirtschaftssektoren	Förderung beschränkt auf spezifische Wirtschaftsbereiche	Ja	
	Sonstige Dienstleistungen (Erneuerbare Energie)	Ja	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	National Assembly for Wales		
	C/o Welsh European Funding Office Cwm Cynon Business Park Mountain Ash CF45 4ER United Kingdom		
Einzelbeihilfen für größere Vorhaben	Nach Artikel 6 der Verordnung	Ja	

Nummer der Beihilfe	XS 48/06		
Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich		
Region	West Wales & The Valleys (Ziel-1-Gebiet)		
Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens	Trac Môn Ltd		
Rechtsgrundlage	Verordnung (EG) Nr. 1260/99 des Rates		
	The Structural Funds (National Assembly for Wales) Regulations 2000 (No 906/2000)		
	Local Government Act 2000		
Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe	Beihilferegelung	Gesamtbetrag pro Jahr	
		Darlehensbürgschaft	
	Einzelbeihilfe	Gesamtbetrag der Beihilfe	1 369 647 GBP
		Darlehensbürgschaft	

Beihilfehöchstintensität	In Einklang mit Artikel 4 (2)-(6) und Artikel 5 der Verordnung	Ja	
Bewilligungszeitpunkt	Ab dem 16. März 2006		
Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe	Bis zum 31. Dezember 2006 Hinweis: Wie angegeben, wurde die Beihilfe vor dem 31. Dezember 2006 bewilligt. Entsprechende Zahlungen können (gemäß N+2) bis 31. Dezember 2007 geleistet werden.		
Zweck der Beihilfe	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	Ja	
Betroffene Wirtschaftssektoren	Förderung beschränkt auf folgende Wirtschaftsbereiche	Ja	
	sonstige Dienstleistungen (Motorsport)	Ja	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	National Assembly for Wales		
	C/o Welsh European Funding Office Cwm Cynon Business Park Mountain Ash CF45 4ER United Kingdom		
Einzelbeihilfen für größere Vorhaben	In Einklang mit Artikel 6 der Verordnung	Ja	
Beihilfe Nr.	XS 85/06		
Mitgliedstaat	Malta		
Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens	Eureka Programme Scheme		
Rechtsgrundlage	Malta Enterprise Corporation Act (CAP 463)		
Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe	Beihilfe-regelung	Gesamtbetrag pro Jahr	0,2 Mio. EUR
		gesicherte Darlehen	
	Einzelbeihilfe	Gesamtbetrag der Beihilfe	
		gesicherte Darlehen	
Beihilfehöchstintensität	In Einklang mit Artikel 4 Absätze 2– 6 und Artikel 5 der Verordnung	Ja	
Bewilligungszeitpunkt	8.6.2006		
Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe	bis 30.6.2007		
Zweck der Beihilfe	Beihilfe für KMU	Ja	
Betroffene Wirtschaftssektoren	Alle Wirtschaftsbereiche, in denen Beihilfen für KMU gewährt werden dürfen	Ja	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Malta Enterprise Corporation		
	Malta Enterprise Enterprise Centre, Industrial Estate, MT-San Gwann SGN 09		
Einzelbeihilfen für größere Vorhaben	in Einklang mit Artikel 6 der Verordnung	-	

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2204/2002 der Kommission vom 12. Dezember 2002 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Beschäftigungsbeihilfen gewährt werden

(2006/C 258/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Nummer der Beihilfe	XE 12/06	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region	Limousin	
Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe für die Einstellung eines Betriebsleiter-Stellvertreters	
Rechtsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> — Verordnung (EG) Nr. 2204/2002 der Kommission vom 5. Dezember 2002 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Beschäftigungsbeihilfen — Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) — Code rural — Art. R.113-13 à R. 113-17 relatifs à la délimitation des zones agricoles défavorisées [l'ensemble du territoire Limousin est en zone défavorisée, à l'exception de la commune de Limoges] 	
Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung	Gesamtbetrag pro Jahr	0,5 Mio. EUR
	Darlehensbürgschaft	
Beihilfehöchstintensität	In Einklang mit Artikel 4 Absätze 2 bis 5 und Artikel 5 und 6 der Verordnung: — 50% der Bruttogehälter und Sozialabgaben der Arbeitgeber über 24 Monate, mit Ausnahme der Gemeinde Limoges, bei der der Höchstsatz 15% beträgt	Ja
Bewilligungszeitpunkt	Ab dem 24.9.2004.	
Laufzeit der Regelung	Bis zum 31.12.2010.	
Zweck der Beihilfe	Art. 4 Schaffung von Arbeitsplätzen	Ja
	Art. 5 Einstellung benachteiligter und behinderter Arbeitnehmer	Nein
	Art. 6 Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer	Nein
Betroffene Wirtschaftssektoren	— Sämtliche EU-Wirtschaftssektoren ⁽¹⁾ , in denen Beschäftigungsbeihilfen gewährt werden dürfen	Nein
	— Die gesamte verarbeitende Industrie ⁽¹⁾	Nein
	— Das gesamte Dienstleistungsgewerbe ⁽¹⁾	Nein
	— Andere: der gesamte landwirtschaftliche Sektor (Tätigkeiten in Verbindung mit der Erzeugung, der Verarbeitung und der Vermarktung der in Anhang I aufgeführten Produkte), wobei zu beachten ist, dass Beihilfen derselben Art für die anderen Tätigkeitssektoren bereits auf der Grundlage der Regelung N 2/99 FRAC im Rahmen des vierten Planvertrags Staat-Region 2000-2006 gewährt werden	Ja

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Conseil Régional du Limousin 27, Boulevard de la Corderie F-87031 Limoges Cedex	
Weitere Auskünfte	Wird die Regelung teilweise mit Gemeinschaftsmitteln finanziert, bitte Folgendes hinzufügen: Die Regelung wird teilweise mit Gemeinschaftsmitteln finanziert, und zwar durch den Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Einheitlichen Programmplanungsdokuments der Region Limousin — Teilmaßnahme 2.3.3. „Förderung der Niederlassung und der Qualifikation in Landwirtschaft und Forstwirtschaft“	
Anmeldungspflicht	In Einklang mit Artikel 9 der Verordnung	Ja

(!) Schiffbau und andere Sektoren ausgenommen, für die Verordnungen und Richtlinien beihilferechtliche Sondervorschriften vorsehen.

Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 88/378/EWG des Rates vom 3. Mai 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheit von Spielzeug

(2006/C 258/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(Veröffentlichung der Titel und der Fundstellen der harmonisierten Normen im Sinne dieser Richtlinie)

ESO (¹)	Titel und Fundstelle der harmonisierten Norm (und des Referenzdokuments)	Fundstelle der ersetzten Norm	Ende der Konformitäts- vermutung für die ersetzte Norm Anm. 1
CEN	EN 71-1:1998 (²) (³) Sicherheit von Spielzeug — Teil 1: Mechanische und physikalische Eigenschaften	EN 71-1:1998	endete am 31.1.2001
	EN 71-1:1998/A5:2000	Anm. 3	endete am 31.5.2001
	EN 71-1:1998/A1:2001	Anm. 3	endete am 31.7.2001
	EN 71-1:1998/A2:2002	Anm. 3	endete am 31.8.2002
	EN 71-1:1998/A6:2002	Anm. 3	endete am 30.9.2002
	EN 71-1:1998/A7:2002	Anm. 3	endete am 30.11.2002
	EN 71-1:1998/A8:2003 (⁴)	Anm. 3	endete am 31.3.2004
	EN 71-1:1998/A4:2004	Anm. 3	endete am 31.12.2005
	EN 71-1:1998/A10:2004	Anm. 3	endete am 31.12.2005
	EN 71-1:1998/A11:2004	Anm. 3	endete am 31.12.2005
CEN	EN 71-2:2006 Sicherheit von Spielzeug — Entflammbarkeit	EN 71-2:2003	endete am 31.7.2006
	EN 71-2:2006/AC:2006		
CEN	EN 71-3:1994 Sicherheit von Spielzeug — Teil 3: Migration bestimmter Elemente	EN 71-3:1988	endete am 30.6.1995
	EN 71-3:1994/A1:2000	Anm. 3	endete am 31.10.2000
	EN 71-3:1994/A1:2000/AC:2000		
	EN 71-3:1994/AC:2002		
CEN	EN 71-4:1990 Sicherheit von Spielzeug — Teil 4: Experimentierkästen für chemische und ähnliche Versuche	—	
	EN 71-4:1990/A1:1998	Anm. 3	endete am 31.10.1998
	EN 71-4:1990/A2:2003	Anm. 3	endete am 31.1.2004

ESO (¹)	Titel und Fundstelle der harmonisierten Norm (und des Referenzdokuments)	Fundstelle der ersetzten Norm	Ende der Konformitäts- vermutung für die ersetzte Norm Anm. 1
CEN	EN 71-5:1993 Sicherheit von Spielzeug — Teil 5: Chemisches Spielzeug (Sets) ausge- nommen Experimentierkästen	—	
	EN 71-5:1993/A1:2006	Anm. 3	endete am 31.7.2006
CEN	EN 71-6:1994 Sicherheit von Spielzeug — Teil 6: Graphisches Symbol zur Kennzeich- nung mit einem altersgruppenbezogenem Warnhinweis	—	
CEN	EN 71-7:2002 Sicherheit von Spielzeug — Teil 7: Fingermalfarben — Anforderungen und Prüfverfahren	—	
CEN	EN 71-8:2003 Sicherheit von Spielzeug — Teil 8: Schaukeln, Rutschen und ähnliches Aktivitätsspielzeug für den häuslichen Gebrauch (Innen- und Außenbe- reich)	—	
	EN 71-8:2003/A1:2006	Anm. 3	30.11.2006

(¹) ESO: Europäische Normungsorganisation:

— CEN: rue de Stassart 36, B-1050 Brüssel, Tel.: (32-2) 550 08 11; Fax: (32-2) 550 08 19 (<http://www.cenorm.be>)

— CENELEC: rue de Stassart 35, B-1050 Brüssel, Tel.: (32-2) 519 68 71; Fax: (32-2) 519 69 19 (<http://www.cenelec.org>)

— ETSI: 650, route des Lucioles, F-06921 Sophia Antipolis, Tel.: (33) 492 94 42 00; Fax: (33) 493 65 47 16 (<http://www.etsi.org>)

(²) Hinweis: Im Einklang mit der Entscheidung der Kommission vom 30. Juli 2001 (ABl. L 205 vom 31.7.2001, S. 39) begründet die Übereinstimmung mit Abschnitt 4.20(d) der Norm EN 71-1:1998 in Bezug auf C-bewertete Emissions-Spitzenschalldruckpegel, die von Spielzeugwaffen unter Verwendung von Amorce erzeugt werden, erst ab dem 1. August 2001 die Konformitätsvermutung.

(³) Hinweis: Im Einklang mit der Entscheidung der Kommission vom 9. März 2005 (ABl. L 63 vom 10.3.2005, S. 27) decken Abschnitte 4.6 und 8.14 der Norm EN 71-1:1998, sofern sie sich auf den Zeitraum von 24 Stunden beziehen, die ein Spielzeug in einen Behälter mit Flüssigkeit eingetaucht werden muss, nicht alle Gefahren ab, die Spielzeuge und ihre Bestandteile, die aus quellenden Materialien bestehen, darstellen. Die Norm lässt in dieser Hinsicht keine Konformitätsvermutung zu.

(⁴) Hinweis: In der Norm EN 71-1:1998/A8:2003 werden ausschließlich die Risiken behandelt, die von (in der Norm als „kugelförmige, ovale oder ellipsoide Gegenstände“ definierten) „Kleinbällen“ ausgehen, die zum Werfen, Schlagen, Treten, Rollen, Fallenlassen oder Aufspringenlassen gestaltet oder bestimmt sind. Für Spielzeug mit Kleinbällen, die nicht in der Norm berücksichtigt sind, muss eine EG-Baumusterbescheinigung ausgestellt werden, bevor es in Verkehr gebracht wird.

Anm. 1 In der Regel entspricht das Datum des Endes der Konformitätsvermutung dem Datum der Zurücknahme („Dow“ — Date of withdrawal), das von der europäischen Normungsorganisation festgelegt wird; die Nutzer dieser Normen werden jedoch darauf hingewiesen, dass dies in bestimmten Ausnahmefällen auch anders sein kann.

Anm. 3 Im Fall von Änderungen setzt sich die betroffene Norm aus EN CCCC:YYYY, etwaigen vorangegangenen Änderungen und der zitierten neuen Änderung zusammen. Die ersetzte Norm (Spalte 3) setzt sich folglich aus EN CCCC:YYYY und etwaigen vorangegangenen Änderungen ohne die zitierte neue Änderung zusammen. Ab dem angegebenen Datum begründet die ersetzte Norm nicht mehr die Vermutung der Konformität mit den grundlegenden Anforderungen der Richtlinie.

Hinweis:

— Auskunft über die Verfügbarkeit der Normen erteilen die europäischen Normungsorganisationen oder die nationalen Normungsgremien, die im Anhang der Richtlinie 98/34/EG (¹) des Europäischen Parlaments und des Rates in der Fassung der Richtlinie 98/48/EG (²) aufgeführt sind.

— Die Veröffentlichung der Fundstellen im *Amtsblatt der Europäischen Union* bedeutet nicht, dass die Normen in allen Sprachen der Gemeinschaft verfügbar sind.

Weitere Informationen über harmonisierte Normen sind im Internet zu finden unter:

<http://europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/standardization/harmstds/>

(¹) ABl. L 204 vom 21.7.98, S. 37.

(²) ABl. L 217 vom 5.8.98, S. 18.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.4314 — Johnson & Johnson/Pfizer Consumer Healthcare)

(2006/C 258/08)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 19. Oktober 2006 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Johnson & Johnson („J & J“, USA) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung die Kontrolle über den Geschäftsbereich Verbrauchergesundheitspflege von Pfizer, namentlich Pfizer Consumer Health Care („PCH“, USA) durch Aktienkauf und den Kauf von Vermögenswerten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Johnson & Johnson: Verbraucherpflegeprodukte, Arzneimittel, medizinische Geräte und Diagnosegeräte;
- Pfizer Consumer Health Care: Körperpflegeprodukte und direkt gehandelte Arzneimittel (over-the-counter Arzneimittel).

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass die angemeldete Transaktion unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax-Nr. (32-2) 2964301 oder 2967244) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.4314 — Johnson & Johnson/Pfizer Consumer Healthcare, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Kanzlei Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Bruxelles/Brussel

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.4405 — Walter Frey Holding/Mitsubishi Motors Europe)

(2006/C 258/09)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 17. Oktober 2006 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Deutsch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor,
- in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32006M4405. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht. (<http://ec.europa.eu/eur-lex/lex>)

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.4294 — Arcelor/SNCFL/CFL Cargo)

(2006/C 258/10)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 9. Oktober 2006 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Französisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor,
 - in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32006M4294. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht. (<http://ec.europa.eu/eur-lex/lex>)
-

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

EFTA-GERICHTSHOF

**Klage der EFTA-Überwachungsbehörde vom 31. Juli 2006 gegen das Königreich Norwegen
(Rechtssache E-2/06)**

(2006/C 258/11)

Die EFTA-Überwachungsbehörde, vertreten durch ihren Bevollmächtigten Niels Fenger Rue Belliard 35, B-1040 Brüssel, hat am 31. Juli 2006 beim EFTA-Gerichtshof gegen das Königreich Norwegen erhoben.

Die Klägerin beantragt, dass der Gerichtshof

1. feststellt, dass das Königreich Norwegen mit der Beibehaltung von Maßnahmen im Rahmen des Gesetzes Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, durch die eine befristete Konzession für die Nutzung von Wasserfällen zur Energieerzeugung an private Unternehmen und alle Unternehmen der anderen Vertragsparteien des EWR-Abkommens gewährt wurde und diese verpflichtet wurden, nach Ablauf der Konzession alle Anlagen entschädigungslos an den norwegischen Staat abzutreten, mit Ausnahme öffentlicher norwegischer Unternehmen, denen unbefristete Konzessionen gewährt wurden, gegen Artikel 31 und 40 des EWR-Abkommens verstoßen hat;

und

2. dem Königreich Norwegen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Sachverhalt und rechtliche Begründung:

- Die Rechtssache betrifft die entschädigungslose Übertragung der Eigentumsrechte an Wasserkraftwerken an den norwegischen Staat nach Ablauf der Konzessionen. Diese Übertragung wird im norwegischen Recht als „Rückübertragung“ („hjemfall“ auf Norwegisch) bezeichnet, auch wenn der Staat nie zuvor Eigentumsrechte an dem betreffenden Wasserfall oder Wasserkraftwerk besessen hat.
 - Nach Gesetz Nr. 16 vom 14.12.1917 (dem „Lizenzierungsgesetz für Industrieanlagen“) gilt die Laufzeit einer Konzession zur Nutzung von Wasserfällen und Wasserkraftwerken für Unternehmen, die sich zu mindestens $\frac{2}{3}$ im Besitz des norwegischen Staats oder norwegischer Gebietskörperschaften befinden, unbegrenzt, während sie für alle anderen, einschließlich aller Unternehmen, an denen Eigentümer aus anderen EWR-Staaten allein oder zusammen mit norwegischen Privateigentümern mehr als $\frac{1}{3}$ des Aktienkapitals halten, befristet ist.
 - Folglich betrifft die Rückübertragung allein die letztgenannten Unternehmen.
 - Nach Ansicht der EFTA-Überwachungsbehörde bedeutet dies, dass die Rückübertragung in ihrer derzeitigen Form Eigentümer aus anderen EWR-Staaten diskriminiert und gegen Artikel 31 und 41 EWR-Abkommen verstößt.
 - Die EFTA-Überwachungsbehörde vertritt die Auffassung, dass diese unterschiedliche Behandlung sachlich nicht gerechtfertigt ist und nicht unter Artikel 125 EWR-Abkommen fällt.
-

EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme zu einer neuen norwegischen Regelung zur Förderung unbezahlter Arbeit in Forschung und Entwicklung, des „Programms für unbezahlte FuE-Arbeit“ gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen

(2006/C 258/12)

Mit Beschluss Nr. 59/06/KOL vom 8. März 2006, der nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben wird, hat die EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes (Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen) eingeleitet. Die norwegischen Behörden wurden durch Übersendung einer Kopie dieses Beschlusses hiervon in Kenntnis gesetzt.

Die EFTA-Überwachungsbehörde fordert hiermit die EFTA-Staaten, die EU-Mitgliedstaaten und alle Interessierten auf, ihre Bemerkungen zu der fraglichen Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Rue Belliard 35
B-1040 Brüssel
Fax-Nr.: (32-2) 286 18 00

Die Bemerkungen werden den norwegischen Behörden übermittelt. Eine vertrauliche Behandlung des Namens der Bemerkungen abgebenden Interessierten kann schriftlich unter Angabe von Gründen beantragt werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Überwachungsbehörde hat beschlossen, ein förmliches Prüfverfahren in Bezug auf eine neue norwegische Regelung zur Förderung unbezahlter Arbeit in Forschung und Entwicklung (dem „Programm für unbezahlte FuE-Arbeit“) einzuleiten. Damit sollen Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen wie auch von Einpersonenerbetrieben in Forschung und Entwicklung angeregt werden.

Das Programm für unbezahlte FuE-Arbeit wurde vorgesehen, weil die norwegischen Behörden der Auffassung waren, dass unbezahlte Arbeit in Forschung und Entwicklung nicht im Rahmen der bestehenden „Skattefunn-Regelung“ (von der Überwachungsbehörde mit Beschluss Nr. 171/02/KOL vom 25. September 2002 und Beschluss Nr. 16/03/KOL vom 5. Februar 2003 genehmigt) gefördert werden kann. Im Rahmen der Skattefunn-Regelung werden Beihilfen in Form eines Vorsteuerabzugs gewährt. Nach Auffassung der norwegischen Behörden ist es mit dem norwegischen Steuerrecht unvereinbar, einen Betrag von der Steuerbemessungsgrundlage abzuziehen, der unbezahlten Lohnkosten entspricht, die aber weder entstanden sind noch ausbezahlt wurden.

Die Überwachungsbehörde hat das Programm für unbezahlte FuE-Arbeit gemäß dem Gemeinschaftsrahmen für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen geprüft. Sie vertritt vorläufig die Auffassung, dass die im Rahmen dieses Programms gewährten Beihilfen offenbar kein Anreiz für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten sind. Die unbezahlten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten würden auch ohne die Beihilfe durchgeführt werden, weil die Personen, die unbezahlte Arbeit ausführen, anscheinend bereit sind, die betreffenden Arbeiten in jedem Fall auch ohne Bezahlung zu übernehmen. Die Beihilfe ist daher nicht notwendig, um das Ziel zu erreichen, die betreffenden Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten durchzuführen. Außerdem ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass die Kosten unbezahlter Arbeit keine beihilfefähigen Kosten im Sinne des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen sind.

Die norwegischen Behörden haben weiter ausgeführt, dass viele Unternehmen Vorhaben durchgeführt haben, die gemäß der Skattefunn-Regelung genehmigt wurden, wobei einige Unternehmen jedoch nicht den Vorsteuerabzug geltend machen konnten (oder einen Betrag zahlen mussten, der einem bereits geltend gemachten Vorsteuerabzug entsprach), weil unbezahlte Arbeit geleistet wurde. Die norwegischen Behörden haben daher eine Regelung eingeführt, um Unternehmen für finanzielle Einbußen ihrer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu entschädigen, die in den Jahren 2002-2004 aufgrund der Tatsache entstanden sind, dass unbezahlte Arbeit nicht unter die Skattefunn-Regelung fiel.

Diese Entschädigung wird als „De-minimis-Beihilfe“ gewährt. Wenn der Gesamtbetrag einer De-minimis-Beihilfe an einen Antragsteller in einem Dreijahreszeitraum 100.000 EUR überschreitet, verringert sich der Entschädigungsbetrag. Außerdem müssen die Antragsteller einen vollständigen Überblick über alle De-minimis-Beihilfen vorlegen, die sie seit 1. Januar 2003 erhalten haben. Die Überwachungsbehörde vertritt daher vorläufig die Auffassung, dass die Entschädigungsregelung unterhalb des Schwellenwerts der De-minimis-Verordnung liegt ⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 69/2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis—Beihilfen“ (ABl. L 10 vom 13.1.2001, S. 30), aufgenommen in Anhang XV in Abschnitt 1(e) EWR-Abkommens durch Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 88/2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 56 und EWR-Beilage Nr. 49 vom 3.10.2002, S. 42).

EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY DECISION**No 59/06/COL****of 8 March 2006****to initiate the procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement with regard to financial support to unpaid labour in research and development activities****(NORWAY)**

THE EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area ⁽¹⁾, in particular to Articles 61 to 63 and Protocol 26 thereof,

Having regard to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice ⁽²⁾, in particular to Article 24 thereof and Article 1(2) in Part I of Protocol 3 thereof,

Having regard to the Authority's Guidelines ⁽³⁾ on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement, and in particular Chapter 14 thereof on aid for research and development,

Whereas:

I. FACTS

1. Procedure

By letter dated 14 October 2005 from the Norwegian Mission to the European Union, forwarding a letter from the Norwegian Ministry of Trade and Industry, dated 5 October 2005, both received and registered by the Authority on 17 October 2005 (Event no: 346675), the Norwegian authorities notified, pursuant to Article 1(3) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, a proposal for a new scheme for State aid to support unpaid labour in research and development activities. The newly proposed scheme is referred to in the following as the 'Unpaid R&D Labour Scheme'.

By letter dated 27 October 2005 (Event no: 348209), the Authority acknowledged receipt of the notification.

By letter dated 13 December 2005 the Authority requested additional information according to Article 5(1) in Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement (Event no: 348961). The Norwegian authorities responded by letter dated 10 January 2006, enclosed in a letter from the Norwegian Mission to the European Union, dated 13 January 2006, both received and registered by the Authority on 16 January 2006 (Event no: 358121).

2. Description of the proposed measures*2.1. The objective, legal basis and function of the Unpaid R&D Labour Scheme***Objective**

It appears from legislative preparatory works that the overall objective of the Unpaid R&D Labour Scheme is to stimulate increased investments in research and development activities, particularly by small companies, such as entrepreneur and one-man enterprises ⁽⁴⁾. More specifically, the objective of the new scheme is to stimulate efforts by individuals in research and development oriented companies which, in the start-up phase, often are dependent on work resources that cannot be paid for. Research and development oriented companies are considered by the Norwegian authorities to be important for purposes of value creation derived from research as well as for innovation.

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as the 'EEA Agreement'.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as the 'Surveillance and Court Agreement'.

⁽³⁾ Procedural and Substantive Rules in the Field of State Aid — Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, adopted and issued by the EFTA Surveillance Authority on 19 January 1994, published in OJ L 231, 3.9.1994, p. 1, EEA Supplement No 32, 3.9.94, p.1, last amended by the Authority's Decision No 329/05/COL of 20 December 2005 on financing of airports and start up aid to airlines (hereinafter referred to as the 'State Aid Guidelines').

⁽⁴⁾ Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005).

On a more detailed level, the Norwegian authorities have explained that the introduction of the Unpaid R&D Labour Scheme was motivated by the fact that under the existing 'Skattefunn Scheme' ⁽⁵⁾, it is not possible to support unpaid labour in research and development activities undertaken by entrepreneur and one-man enterprises due to the fact that the Skattefunn Scheme is a tax deduction scheme ⁽⁶⁾. In this respect the authorities have explained that under the Skattefunn Scheme aid is granted to research and development activities in the form of a tax deduction (or tax credit) whereby an amount, corresponding to a percentage of the eligible costs, is deducted from the amount due in tax by the company. However, the Norwegian authorities considered that it would not be in compliance with general tax legislation to deduct, in the amount to be paid in tax, an amount which is not based on *actual* eligible costs but rather on unpaid labour 'costs' which have not been incurred in reality. On this basis it was considered that unpaid labour costs could not qualify as eligible costs under the Skattefunn Scheme.

It is against this background that the Norwegian authorities proposed the establishment of a new Unpaid R&D Labour Scheme under which financial support is to be awarded to unpaid labour in research and development activities in the form of grants which are exempt from tax. As such the Norwegian authorities consider the Unpaid R&D Labour Scheme as a mere correction or supplement to the existing Skattefunn Scheme.

The Norwegian authorities have further explained that many companies have been in charge of projects that were approved under the Skattefunn Scheme but that some of these companies were subsequently prevented from receiving the tax deduction (or had to pay an amount corresponding to an already received tax deduction) due to the fact that unpaid labour was involved. As a result the profitability of entrepreneurs and one-man enterprises has been affected negatively. It is against this background that the Norwegian authorities adopted a decision to introduce a compensation scheme (the 'Compensation Scheme') for purposes of compensating companies for financial losses caused to their research and development projects during the years between 2002-2004 as a result of the fact that unpaid labour could not be covered by the Skattefunn Scheme ⁽⁷⁾. However, the Norwegian authorities consider that the Compensation Scheme does not form part of the notification in the present case as it falls under the *de minimis* threshold in the '*de minimis* Regulation' ⁽⁸⁾.

Legal basis

In a proposition on the fiscal budget from the Norwegian Government to the Norwegian Parliament ⁽⁹⁾, which was followed up by a Recommendation from a Parliamentary Committee to the Parliament ⁽¹⁰⁾, the Government proposed to grant a budget of a total amount of NOK 70 million for the establishment of the Unpaid R&D Labour Scheme as well as the Compensation Scheme. The budget was approved by the Parliament on 17 June 2005.

In parallel, the Government presented a proposal to the Parliament in order to amend the Norwegian Act on Taxation of wealth and income for purposes of introducing provisions on tax treatment and ceilings in respect of the grants to be awarded under the Unpaid R&D Labour Scheme (hereinafter referred to as the 'Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme') ⁽¹¹⁾. The proposal was furthered in a Recommendation from the Finance Committee in the Parliament ⁽¹²⁾. On 17 June 2005 the Norwegian Parliament adopted the Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme ⁽¹³⁾.

Aside from the adoption of the budget and the Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme, the measure intended to govern the new scheme in practice consists of draft guidelines on the implementation of the Unpaid R&D Labour Scheme (hereinafter referred to as the 'Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme').

⁽⁵⁾ The Skattefunn Scheme was approved by the Authority in its Decision No 171/02/COL of 25 September 2002 and amendments to the Skattefunn Scheme were approved by the Authority in its Decision No 16/03/COL of 5 February 2003.

⁽⁶⁾ The terms used by the Norwegian authorities for the mentioned company forms are '*gründerselskaper*' and '*enkeltpersonforetak*'.

⁽⁷⁾ The Compensation Scheme is described in section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005).

⁽⁸⁾ Commission Regulation (EC) No 69/2001 on the application of Articles 87 and 88 of the EC Treaty to *de minimis* aid (OJ L 10, 13.1.2001, p. 30), incorporated into Annex XV in Section 1(e) to the EEA Agreement by means of Joint Committee Decision No 88/2002 (OJ L 266, 3.10.2002, p. 56 and EEA Supplement No 49, 3.10.2002, p. 42).

⁽⁹⁾ Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005): Chapter 928, item 71 concerns the Unpaid R&D Labour Scheme and Chapter 1500, item 73 concerns the Compensation Scheme.

⁽¹⁰⁾ Innst. S. No 240 (2004-2005): Section 10.1.1.2, Chapter 928, item 71 concerns the Unpaid R&D Labour Scheme; and Section 16.2.4, Chapter 1500, item 73 concerns the Compensation Scheme.

⁽¹¹⁾ Section 14.1 of Ot. prp. No 92 (2004-2005) which also refers to the original budget proposition in St. prp. No 65 (2004-2005).

⁽¹²⁾ Section 15.1 of Innst. O. No 125 (2004-2005).

⁽¹³⁾ 'Lov 2005-06-17 nr 74: Lov om endringer i lov 26. mars 1999 No 14 om skatt av formue og inntekt (skatteloven).'

Finally, as regards the Compensation Scheme, the Norwegian authorities have proposed a Royal Decree on the implementation of the Compensation Scheme as well as the authorities' plan to prepare and issue draft Guidelines on the functioning of the Compensation Scheme ⁽¹⁴⁾.

Function of the Unpaid R&D Labour Scheme — eligible projects

It appears from the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme that eligible projects must involve research and development activities performed by individuals who are not receiving any pay or other compensation for their labour. Individuals who receive payment by means of other public sources are not covered ⁽¹⁵⁾.

As regards the type of the projects covered by the scheme, it appears moreover from the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme that eligible projects must be aimed (but also limited to) providing new information, knowledge or experience that is presumed to be of use to the enterprise in connection with the development of new or better products, services or production methods. Moreover, activities where results from industrial research are transferred into a plan, a project or a design for new enhanced products, services or production processes, and the development of a first prototype or pilot project that cannot be commercially exploited are also eligible activities under the Unpaid R&D Labour Scheme ⁽¹⁶⁾. The Norwegian authorities have stated that this definition of eligible research and development projects is identical to the definition of eligible research and development projects under the existing Skattefunn Scheme. In fact, in practice the Norwegian authorities refer to eligible projects under the Unpaid R&D Labour Scheme as projects which meet the 'Skattefunn criteria' or have been approved under the Skattefunn Scheme ⁽¹⁷⁾.

The Unpaid R&D Labour Scheme is administered and implemented by 'Norges forskningsråd'. The latter body is also the secretariat and the administering body, assessing whether projects are eligible under the Skattefunn scheme ⁽¹⁸⁾. The Norwegian authorities have explained that the fact that the definition of eligible research and development activities are defined in the same manner under both the Skattefunn Scheme and the Unpaid R&D Labour Scheme, and that the administering body, assessing whether the projects qualify as eligible, is the same under both schemes, means that for purposes of implementation the two schemes are also closely coordinated. In this regard applicants applying for support to eligible research and development activities must complete one single application form only in which the applicant has had the option to tick off whether support is sought for paid or unpaid labour in the relevant research and development activities ⁽¹⁹⁾. Moreover, financial support to be granted under the Unpaid R&D Labour Scheme will be taken into account when applicants also request support under the Skattefunn Scheme and is also limited by the maximum limit for support under the latter scheme ⁽²⁰⁾. In fact, according to the Norwegian authorities the only difference between the two schemes is the type of eligible costs (i.e., paid as opposed to unpaid labour) and the form in which support is granted (i.e., a tax deduction as opposed to a grant).

2.2. Recipients

The Norwegian authorities have explained that the Unpaid R&D Labour Scheme is open to all tax payers with tax liability in Norway, including all enterprises, irrespectively of their size and sector ⁽²¹⁾. Recipients may include undertakings jointly participating in a co-operation project ⁽²²⁾.

⁽¹⁴⁾ 'Forskrift om kompensasjon for ulønnet arbeidsinnsats i Skattefunn-godkjente forsknings- og utviklingsprosjekter for inntektsårene 2002, 2003 og 2004'. The draft Guidelines is intended to be based on 'Høringsnotat om utkast til forskrift om kompensasjon for ulønnet arbeidsinnsats i Skattefunn-godkjente forsknings- og utviklingsprosjekt for inntektsårene 2002, 2003 og 2004.' (in the following referred to as 'Høringsnotat').

⁽¹⁵⁾ Section 6 of Part III.6.A in the Standard Notification Form and Section 3 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽¹⁶⁾ Section 6 of Part I in the Standard Notification Form and Section 3 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme. However, ordinary business oriented product development without having the character of research are not encompassed, such as projects that have a continuing character or include modification of methods without requiring the development of new knowledge or the use of existing knowledge in new ways, are of an organisational character, or consist of inquires, etc.

⁽¹⁷⁾ Section 3 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme; and Section IX of the Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽¹⁸⁾ Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005), Section 14.1 of Ot. prp. No 92 (2004-2005) and the introduction to the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽¹⁹⁾ Section 7 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽²⁰⁾ See further Section 2.3 herein below on 'Eligible costs and aid intensity'.

⁽²¹⁾ See also Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005) where it is stated that the Unpaid R&D Labour Scheme is addressed to one-man enterprises, limited companies and other types of companies.

⁽²²⁾ In this case the cost frame of the project is allocated to the participants in proportion to their share of participation.

The Norwegian authorities have explained that the reason that the Unpaid R&D Labour Scheme includes medium-sized and large companies is to keep it in conformity with the conditions of the Skattefunn Scheme (which is open to all enterprises regardless of size) ⁽²³⁾. However, the Norwegian authorities have also made it clear that, in practice, the Unpaid R&D Labour Scheme is intended to target only entrepreneur firms and one-man enterprises: *'Even if the scheme includes enterprises of all sizes, the very nature of the scheme (support for unpaid labour) implies that the incentive effect will be most significant for entrepreneur-firms and one-man enterprises.'* ⁽²⁴⁾ In the same vein the authorities have stated that the Unpaid R&D Labour Scheme is *'...primarily targeting newly established technology-based companies with no ability to pay salaries to the individuals performing the R&D activity.'* and *'As the Unpaid R&D Labour Scheme shall give support to unpaid labour performed by R&D personnel not receiving salary or other compensation for the labour, the scheme will not be relevant for ordinary medium-sized and large companies.'* ⁽²⁵⁾

On this basis the Norwegian authorities have stated that *'Companies with an annual turnover or an annual balance sheet total corresponding to the ESA definition of medium-sized companies will in practise not receive support for unpaid labour.'* The reason for this is that, according to the Norwegian authorities, *'Larger companies generally use employed and paid R&D personnel to perform the actual R&D activity in a Skattefunn-project.'* and *'The costs of paying these employees will be eligible for tax-refund in the Skattefunn Scheme, and such companies will therefore neither have need nor basis for applying for subsidy from the Unpaid R&D Labour Scheme.'* ⁽²⁶⁾

Finally, the Norwegian authorities point out that the maximum limit for support to an eligible project is the same both in case support is granted exclusively in the form of a tax deduction under the Skattefunn Scheme or by a combination of a tax deduction and a grant under the Unpaid R&D Labour Scheme. There is therefore no incentive for large companies to obtain support from both schemes. By contrast, research and development activities performed by companies which only rely on unpaid labour will not be eligible for support under the Skattefunn Scheme.

2.3. Eligible costs and aid intensity

Eligible costs

Under the Unpaid R&D Labour Scheme, eligible expenditure consists of the unpaid labour costs in an eligible project ⁽²⁷⁾. In terms of identifying the appropriate wage rate(s) for the unpaid labour, the Norwegian authorities have explained that as formal qualifications of an individual are not always reflected in the ability to carry out research and development projects, it was difficult to identify separate wage rates which correspond to relevant education, experience and field of work. It was therefore decided to use one common rate for the calculation of support under the Unpaid R&D Labour Scheme.

The hourly rate is based on 1,6 % of the nominal annual industrial worker salary which for the year of 2005 results in an hourly rate of NOK 550. However, as a mark-up for social and overhead/administrative costs for purposes of unpaid labour costs was considered exaggerated, it was decided to use one common hourly rate of NOK 500 for unpaid labour performed in 2005 ⁽²⁸⁾. The hourly rate of NOK 500 may be subject to adjustment by the Ministry of Trade and Industry on the basis of general wage developments.

As regards a ceiling on the eligible costs, it appears from the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme that the unpaid labour costs eligible for financial support is subject to a fixed ceiling of NOK 2 million annually per undertaking ⁽²⁹⁾.

Finally, as regards control measures, the unpaid labour and the rest of the project costs must be certified by an accountant ⁽³⁰⁾. The Norwegian authorities have explained that as there is no evidence of reported hours in unpaid labour, companies are required to record the date, tasks, number of hours spent and the name of the relevant individual. In projects with more than one individual, the records must be signed both by the individual having carried out the unpaid labour and the individual responsible for the project. The reported number of hours may be reduced if it is deemed to be out of proportion of what may be considered as *'normal'* in comparable projects.

⁽²³⁾ The Norwegian authorities have in this context stated that *'This is also why there is no formal discrimination against larger companies in the Unpaid R&D Labour Scheme's definition of beneficiaries.'* (emphasis added).

⁽²⁴⁾ Section 8.1 in Part III.6.A of the Standard Notification form.

⁽²⁵⁾ Letter, dated 10 January 2006, from the Norwegian Ministry of Trade and Industry.

⁽²⁶⁾ Letter dated 10 January 2006, from the Norwegian Ministry of Trade and Industry.

⁽²⁷⁾ Section 6 of Part III.6.A of the Standard Notification form.

⁽²⁸⁾ A similar method is applied in the context of the Skattefunn Scheme where the basis for the calculation of support to personnel and indirect costs per hour is 1,6% of the nominal salary. However, under the Skattefunn Scheme the nominal salary also includes social and overhead/administrative costs.

⁽²⁹⁾ Section 3 of the draft Guidelines on Unpaid R&D Labour Scheme. It appears from Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005) that the ceiling is a result of the fact that only up to 50 % of the maximum limit for support to projects (carried out by the undertaking itself) under the Skattefunn scheme (of NOK 4 million) may constitute the value of unpaid labour in the project.

⁽³⁰⁾ Section 4 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme.

Aid intensity

The Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme provide that grants awarded under the Unpaid R&D Labour Scheme are subject to the thresholds set out in Section 16-40 of the Norwegian Act on Taxation of wealth and income⁽³¹⁾. The latter provision is the basis for the Skattefunn Scheme and provides that eligible projects may be supported with aid intensities of up to 18 % or alternatively 20 % in the case of small and medium-sized enterprises 'SMEs' (that is, the support may amount to 18 % or 20 % of eligible costs).

The Norwegian authorities first stated that this means that the net aid intensities under the Unpaid R&D Labour Scheme are 18 % and 20 % (for SMEs) which correspond to gross aid intensities of respectively 25 % and 27,8 % (for SMEs)⁽³²⁾. However, the authorities have subsequently explained and confirmed that since the support under the Unpaid R&D Labour Scheme is paid in the form of a grant, 18 % and 20 % (for SMEs) constitute gross aid intensities⁽³³⁾. The grants are exempt from corporate tax, the rate of which is currently 28 %. Finally, the Norwegian authorities have confirmed that in view of the fact that the ceiling for eligible unpaid labour costs is NOK 2 million, and that the aid intensities are 18 % and 20 % (for SMEs), the aid ceilings in absolute figures are NOK 360 000 and NOK 400 000 (for SMEs) on an annual basis⁽³⁴⁾.

The grants awarded under the Unpaid R&D Labour Scheme are considered in conjunction with aid received under the Skattefunn Scheme. In this respect it appears from the proposed and adopted Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme⁽³⁵⁾ that if, in an eligible project, it can be concluded that the total amount of the tax deduction (under the Skattefunn Scheme) and the grant (under the R&D Labour Scheme) exceeds the limits set forth in the Skattefunn scheme, the tax deduction will be diminished. The Norwegian authorities have explained that under the Skattefunn Scheme the total amount of support may not exceed 18 % or 20 % (for SMEs) of eligible costs, and the eligible costs may not be in excess of NOK 4 million. The Norwegian authorities have also clarified that these limits are, however, without prejudice to the fact that the costs of unpaid labour must still be within the abovementioned ceiling of NOK 2 million. Finally the authorities have explained that in case grants under the Unpaid R&D Labour Scheme and public support from sources, other than the Skattefunn Scheme, are the cause of exceeding the limit for total support, a reduction in the support granted under the Unpaid R&D Labour Scheme will be made.

2.4. *De minimis*

As stated above, the Norwegian authorities consider that the Compensation Scheme does not form part of the notification as it falls under the *de minimis* threshold under the '*de minimis* Regulation'⁽³⁶⁾.

Section 6 of the Royal Decree on the Compensation Scheme provides that the compensation will be calculated on the basis of an hourly rate of NOK 500 and that it must constitute 18 % or 20 % (for SMEs) of the costs for unpaid labour in eligible projects. The total amount of eligible costs may not exceed NOK 4 million in the relevant financial year where research and development is carried out by the undertaking itself or NOK 8 million in case of research and development activities carried out by research institutions⁽³⁷⁾.

The Norwegian authorities have stated that Article 3(1) of the *de minimis* Regulation has been complied with by virtue of a reference to the *de minimis* character of the compensation in Section 8 of the Royal Decree on the Compensation Scheme. The latter provision provides that compensation will be paid out as *de minimis* aid in accordance with the '*de minimis* Regulation'; and that if the total amount of *de minimis* aid to the applicant exceeds Euro 100 000 during a period of three years, the compensation will be reduced. Applicants which cannot receive *de minimis* aid cannot claim to be entitled to receive compensation under the Royal Decree on the Compensation Scheme⁽³⁸⁾.

⁽³¹⁾ Section 3 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽³²⁾ Section 7 of Part III.6.A of the Standard Notification form.

⁽³³⁾ This should be compared to the situation under the Skattefunn Scheme where the Authority considered in its Decision No 171/02/COL of 25 September 2002 (approving the Skattefunn Scheme) that as the aid is granted in the form of a tax deduction, the 18 % is a net grant which corresponds to a gross aid intensity of 25 % (taking into account a tax rate of 28 %).

⁽³⁴⁾ Section 3 of the Guidelines on the Unpaid R&D Labour Scheme and Section 6 of Part I in the Standard Notification form.

⁽³⁵⁾ Section 14.2.1 of Ot. prp. No 92 (2004-2005) and Section IX of the Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽³⁶⁾ Article 2(1) of the *de minimis* Regulation, see reference in footnote 8 above.

⁽³⁷⁾ Section 7 of the Royal Decree on the Compensation Scheme.

⁽³⁸⁾ It appears from the '*Høringsnotat*' that this statement refers to Article 1 of the *de minimis* Regulation which lists sectors and activities excluded from receiving *de minimis* aid.

Applicants requesting compensation must submit an overview of the total amount of all tax deductions received under the Skattefunn Scheme during the years for which compensation is sought as well as a complete overview of all *de minimis* aid received by the applicant as of 1 January 2003⁽³⁹⁾. Applicants must request compensation within six weeks of the publication of the Royal Decree on the Compensation Scheme⁽⁴⁰⁾. The compensation will be paid out in the form of lump sums during 2006.

2.5. Budget and duration

It appears from legislative preparatory works on the fiscal budget that out of a total amount of NOK 70 million, financed by the Ministry of Trade and Industry for 2005, NOK 60 million is the budget for the Unpaid R&D Labour Scheme (of which NOK 5 million is for administration costs) while NOK 10 million is the budget for the Compensation Scheme⁽⁴¹⁾.

The Unpaid R&D Labour Scheme is not limited in time. In this respect the Norwegian authorities have stated that as the objective of the Unpaid R&D Labour Scheme is to stimulate unpaid research and development activities to the same extent as paid research and development activities are stimulated under the Skattefunn Scheme, the time frame for the Unpaid R&D Labour Scheme must be the same as that for the Skattefunn Scheme. In this respect it appears from the Authority's approval of amendments to the Skattefunn Scheme that the Skattefunn Scheme is not limited in time⁽⁴²⁾. However, just as under the Skattefunn Scheme, the continuation of the Unpaid R&D Labour Scheme is dependent on the approval of an annual budget each year⁽⁴³⁾.

II. APPRECIATION

1. Procedural requirements

Pursuant to Article 1(3) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, 'the EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. [...]. The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision'.

By means of a letter dated 5 October 2005, the Norwegian authorities have submitted a notification for purposes of introducing the Unpaid R&D Labour Scheme under which financial support may be granted to unpaid labour in research and development activities.

As regards the entry into force of the Unpaid R&D Labour Scheme, it appears from legislative preparatory works (on the budget) that entry into force of the scheme is dependent on what would be determined in the context of adopting the Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme⁽⁴⁴⁾. The Norwegian authorities therefore consider the Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme as the legal measure determining when the Unpaid R&D Labour Scheme enters into force. It appears from the adopted Tax law on the Unpaid R&D Labour Scheme that the Ministry of Finance decides when the law enters into force. It appears, moreover, from the relevant preparatory legislative works that this provision is based on the prerequisite that the Unpaid R&D Labour Scheme must be notified to, and approved by, the Authority before entering into force⁽⁴⁵⁾. Subject to approval by the Authority the original objective was to have the scheme enter into force during the autumn of 2005⁽⁴⁶⁾.

In these circumstances — where the power of the Ministry of Finance to command the entry into force of the Unpaid R&D Labour Scheme is subject to the condition of obtaining a prior approval by the Authority — the Authority considers that the Norwegian authorities have respected its notification requirement pursuant to Article 1(3) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement.

⁽³⁹⁾ Section 9(h) and (i) of the Royal Decree on the Compensation Scheme.

⁽⁴⁰⁾ See Section 3 of the Royal Decree on the Compensation Scheme and the second paragraph in the 'Høringsnotat'.

⁽⁴¹⁾ Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005) and Section 5 in Part I of the Standard Notification form.

⁽⁴²⁾ Decision No 16/03/COL adopted by the Authority on 5 February 2003. The Skattefunn Scheme is currently the subject of an evaluation (to be terminated in 2007) for purposes of determining whether the scheme should be continued in its present form, be altered or terminated.

⁽⁴³⁾ Section 5 in Part I of the Standard Notification form.

⁽⁴⁴⁾ Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005).

⁽⁴⁵⁾ Section 14.3 of Ot. prp. No 92 (2004-2005) which refers to Section 3.9 of St. prp. No 65 (2004-2005).

⁽⁴⁶⁾ See Section 7.2 in Part I of the Standard Notification form.

2. The presence of State aid

2.1. State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement

Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows:

'Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.'

To be termed aid, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement a measure must meet the following four cumulative criteria: The measure must (i) confer on recipients an economic advantage which is not received in the normal course of business; (ii) the advantage must be granted by the State or through State resources and must (iii) be selective by favouring certain undertakings or the production of certain goods; and (iv) distort competition and affect trade between Contracting Parties. In the following it is examined whether the four cumulative criteria are met in the present case.

2.2. Economic advantage

The measure must confer on recipients an economic advantage which is not received in the normal course of business.

Under the Unpaid R&D Labour Scheme the Norwegian authorities will award financial grants to tax payers, including all enterprises. The recipients of such grants therefore receive an economic advantage, i.e., a grant, which they would not have received in their normal course of business.

Moreover, recipients of grants are exempted from paying corporate tax on the grants. The tax exemption relieves recipients from a charge that is normally borne out of their budgets and they therefore receive one further economic advantage in addition to the grant.

2.3. Presence of State resources

The measure must be granted by the State or through State resources.

The grants awarded under the Unpaid R&D Labour Scheme are financed by the Ministry of Trade and Industry and are therefore financed by the State.

Moreover, with respect to the exemption of grants from corporate tax, a tax exemption means that the State foregoes tax revenue and a loss of tax revenue is equivalent to consumption of State resources in the form of fiscal expenditure⁽⁴⁷⁾.

2.4. Favouring certain undertakings or the production of certain goods

The measure must be selective in that it favours *'certain undertakings or the production of certain goods'*.

In its decision (16/03/COL) of 5 February 2003 in which the Authority assessed a notified amendment to the Skattefunn Scheme for purposes of extending the scheme to be open to all undertakings, irrespective of their size and sector, the Authority considered that the bodies administering and implementing the Skattefunn Scheme (i.e., 'Statens nærings- og distriktsutviklingsfond' and 'Norges forskningsråd'), enjoyed discretionary powers for purposes of assessing the research character of the projects and the incentive effect of the support measure.

In view of the above and the fact that the criteria for determining the eligibility of projects under the Skattefunn Scheme and the Unpaid R&D Labour Scheme are the same and are assessed by the same administering body, i.e., Norges forskningsråd, the Authority takes the view that the latter enjoys discretionary powers also for purposes of implementing the Unpaid R&D Labour Scheme. This means that the Unpaid R&D Labour Scheme is, de facto, selective. In this regard the Authority recalls that the European Court of Justice has held that discretionary powers enjoyed by the public authorities, administering a financial support scheme, means that the scheme is, de facto, selective⁽⁴⁸⁾.

⁽⁴⁷⁾ See point 3 of Chapter 17.B.3 of the State Aid Guidelines.

⁽⁴⁸⁾ See Case 241/94 *France v Commission* [1998] ECR I-7907, paragraphs 23 and 24; Case C-295/97 *Industrie Aeronautiche e Meccaniche Rinaldo Piaggio SpA v International Factors Italia SpA (Ifitalia), Dornier Luftfahrt GmbH and Ministero della Difesa* [1999] ECR I-3735, paragraph 39; Case 200/97 *Ecotrade Srl v Altiforni e Ferriere di Servola SpA (AFS)* [1998] ECR I-7907, paragraph 40.

In addition hereto, it is recalled that the Norwegian authorities state that the Unpaid R&D Labour Scheme will, in practice, only favour one-man enterprises and entrepreneur firms. To the extent that this means that Norges forskningsråd will also implement the R&D Labour Scheme in this manner (i.e., by turning down applications for support from medium-sized or large companies), the Authority considers that this is a mere confirmation of the fact that Norges forskningsråd enjoys discretionary powers and that the scheme is, de facto, selective (in favour of one-man enterprises and entrepreneur firms). Indeed the statement of the Norwegian authorities that ‘...there is no *formal discrimination against larger companies in the Unpaid R&D Labour Scheme’s definition of beneficiaries.*’ (emphasis added) could be an indication that the scheme is to be implemented in the above-stated manner.

Finally, the assessment set out above is equally valid for the exemption from corporate tax enjoyed by recipients of grants under the Unpaid R&D Labour Scheme.

2.5. *Distortion of competition and effect on trade between Contracting Parties*

The measure must distort competition and affect trade between the Contracting Parties.

The Unpaid R&D Labour Scheme covers all sectors of the economy established in Norway. In view of the fact that for the year of 2006 exports to the EU will represent about 70 % out of total exports from Norway, whereas imports from the EU will represent approximately 68 % out of total imports to Norway, there is extensive trade between Norway and the EU ⁽⁴⁹⁾.

In such circumstances, the Authority considers that the grant of support and the connected tax exemption in favour of undertakings under the Unpaid R&D Labour Scheme will strengthen the relative position of recipients compared to other undertakings located in other EEA countries and competing in similar sectors or businesses. Furthermore, in case the administering body of the Unpaid R&D Labour Scheme may indeed preclude larger companies from receiving support, the position of one-man enterprises and entrepreneur companies, receiving support under the scheme will be reinforced compared to any larger companies which would be denied support. The Unpaid R&D Labour Scheme is therefore to be regarded as affecting trade and distorting or threatening to distort competition.

2.6. *Conclusion*

In light of the above, the preliminary conclusion of the Authority is that the grant of support, including the tax exemption under the Unpaid R&D Labour Scheme, satisfies the test of Article 61(1) of the EEA Agreement and hence involves State aid.

3. **Compatibility of the aid and *de minimis* aid**

As the preliminary conclusion of the Authority is that the Unpaid R&D Labour Scheme satisfies the test of Article 61(1) of the EEA Agreement and hence involves State aid, it has to be examined whether the Unpaid R&D Labour Scheme may be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement under Article 61(2) or (3) of the EEA Agreement.

3.1. *Compatibility with Article 61(2) of the EEA Agreement*

It appears that none of the exceptions under Article 61(2) apply in this case as the Unpaid R&D Labour Scheme is not aimed at the objectives listed in those provisions.

3.2. *Compatibility with Article 61(3) of the EEA Agreement*

A State aid measure is considered compatible with the functioning of the EEA Agreement under Article 61(3)(a) when it is designed to promote the economic development where the standard of living is abnormally low or where there is serious underemployment. However, as no such areas are defined by the Norwegian regional aid map, this provision does not apply ⁽⁵⁰⁾.

⁽⁴⁹⁾ The relevant statistics have been issued by ‘Statistisk Sentralbyrå’ and are entitled ‘Samhandelen med land og landområder. Januar. 2005 og 2006.’ (Table 3). The statistics are available at: <http://www.ssb.no/emner/09/05/muh/tab-2006-02-15-03.html>

⁽⁵⁰⁾ The Authority’s Decision No 110/98/COL of 28 April 1998 on the map of assisted areas (Norway).

Moreover, the exception in Article 61(3)(b) of the EEA Agreement does not apply since the State aid granted under the Unpaid R&D Labour Scheme is not intended to promote the execution of an important project of common European interest or to remedy a serious disturbance in the economy of Norway.

However, the exception laid down in Article 61(3)(c) of the EEA Agreement which provides that State aid may be considered compatible with the common market where it facilitates the development of certain economic activities or of certain economic areas and does not adversely affect trading conditions to an extent contrary to the common interest, may be applicable.

In the following the Authority considers the compatibility of the Unpaid R&D Labour Scheme with the functioning of the EEA Agreement under Article 61(3)(c) by virtue of Chapter 14 in the State Aid Guidelines on aid for research and development.

Aid for research and development in Chapter 14 of the State Aid Guidelines

(i) Eligible research and development projects and aid intensities

In Chapter 14 of the State Aid Guidelines aid granted to firms for research and development may be regarded as compatible with the functioning of the EEA Agreement on the basis of Article 61(3)(c) of the EEA Agreement. Chapter 14 sets out indicative definitions of different types of research and development, such as 'fundamental research', 'industrial research' and 'precompetitive development activity' and the aid intensities which apply.

It appears from paragraph 2 of Chapter 14.2.1 that by 'precompetitive development activity' is meant 'the shaping of the results of industrial research into a plan, arrangement or design for new, altered or improved products, processes or services, whether they are intended to be sold or used, including the creation of an initial prototype which could not be used commercially. This may also include the conceptual formulation and design of other products, processes or services and initial demonstration projects or pilot projects, provided that such projects cannot be converted or used for industrial applications or commercial exploitation. It does not include the routine or periodic changes made to products, production lines, manufacturing processes, existing services and other operations in progress, even if such changes may represent improvements.'

The Authority considers that the description of eligible projects under the Unpaid R&D Labour Scheme, set out above in Section 2.1 of Part I hereof, seems to be in line with the description given of 'pre-competitive development activity' in paragraph 2 of Chapter 14.2.1 of the State Aid Guidelines.

According to paragraph five of Chapter 14.5.1 of the State Aid Guidelines, the permissible gross aid intensity for pre-competitive development activities is fixed at 25 % of eligible costs. Moreover, according to paragraph one of Chapter 14.5.3 of the State Aid Guidelines, an extra 10 percentage points may be granted where the aid is given to SMEs (as defined in the Annex to the block exemption on aid to SMEs), bringing the aid intensity up to 35 % of eligible costs in the case of pre-competitive activities by SMEs ⁽⁵¹⁾.

Since the support granted under the Unpaid R&D Labour Scheme is paid in the form of a grant, 18 % and 20 % (for SMEs) constitute gross aid intensities. However, the fact that the grant is tax exempt is a further aid element, the value of which corresponds to the current tax rate of 28 %. In the present case the total gross aid intensity corresponds, therefore, to the combined maximum value of the grant and the tax exemption which is 23,04 % and 25,6 % (for SMEs) ⁽⁵²⁾. The Authority therefore considers that the maximum aid intensities of the Unpaid R&D Labour Scheme are currently on an acceptable level by reference to Chapter 14 of the State Aid Guidelines. However, if the corporate tax rate should be increased, the total gross aid intensity may become higher. Therefore, in the absence of any general aid intensity ceilings which ensure that individual aid awards under the Unpaid R&D Labour Scheme do not exceed the aid intensities set out in Chapter 14.5.1 of the State Aid Guidelines, the Authority cannot be reassured that the aid intensities, which may result from the application of the Unpaid R&D Labour Scheme, will be on an acceptable level by reference to Chapter 14 of the State Aid Guidelines also in the future. On this basis the Authority has doubts that the aid intensities resulting from the application of the Unpaid R&D Aid Scheme may be considered as compatible on the basis of Chapter 14 of the State Aid Guidelines.

⁽⁵¹⁾ Commission Regulation (EC) No 70/2001 of 12 January 2001 on the application of Articles 87 and 88 of the EC Treaty to State aid to small and medium-sized enterprises (OJ L 10, 13.1.2001, p. 33), as amended by Commission Regulation (EC) No 364/2004 of 25 February 2004 (OJ L 63, 28.2.2004, p. 22). Both Regulations have been incorporated into Section 1(f) in Annex XV to the EEA Agreement by Joint Committee Decision No 88/2002 (OJ L 266, 3.10.2002, p. 56 and EEA Suppl. No 49, 3.10.2002, p. 42) and Joint Committee Decision No 131/2004 (OJ L 64, 10.3.2005, p. 67 and EEA Supplement No 12, 10.3.2005, p. 49).

⁽⁵²⁾ 18 % and 5,04 % (corresponding to 28 % of 18 %) is in total 23,04 %. For SMEs 20 % and 5,6 % (corresponding to 28 % of 20 %) is in total 25,6 %.

(ii) Eligible costs and incentive effect

Section 14.6 of the State Aid Guidelines sets out a list of costs which are to be regarded as eligible for purposes of calculating the aid intensity set out in Chapter 14. One of such cost items is personnel costs which cover the costs of researchers, technicians and other supporting staff employed solely for the research activity.

While section 14.6 of the State Aid Guidelines does not elaborate on whether personnel costs may cover costs of unpaid labour, the Authority considers that when the word 'costs' has been used without any further explanation it means that the intention was only to cover the situation where costs have actually been incurred and paid. Moreover, for purposes of interpreting Chapter 14 of the State Aid Guidelines, which are based on the research and development guidelines established by the European Commission,⁽⁵³⁾ the Authority considers it relevant that under the Community Research Framework Programmes, financial support from the Community for unpaid labour costs cannot be obtained⁽⁵⁴⁾. In this context the European Commission has adopted the view that if the value of the labour costs cannot be identified and registered in the books of the company it cannot be charged to the Framework Programme either⁽⁵⁵⁾.

As regards the incentive effect, it appears from section 14.7 of the State Aid Guidelines that aid for research and development should serve as an incentive for firms to undertake research and development activities in addition to their normal day-to-day operations or it may encourage firms not carrying out research and development to undertake such activities. Where the incentive effect is not evident the Authority may consider such aid less favourably than it usually does.

In the present case the Authority considers that it is doubtful whether the aid awarded under the Unpaid R&D Labour Scheme may be considered as an evident incentive to carry out research and development activities in line with section 14.7 of the State Aid Guidelines. In this respect the Authority takes the preliminary view that unpaid research and development activities would be carried out in any event, i.e., even without the aid, since the individuals carrying out unpaid labour were apparently prepared to undertake the relevant work without pay in any event. In other words, the Authority considers that the aid appears not to be necessary in order to achieve the aim of having the relevant research and development activities carried out.

Moreover, to the extent that the Unpaid R&D Labour Scheme would also apply to larger companies, it is clear that such companies could (over time) (re-)organise their research and development activities into basing themselves on using unpaid labour instead of paid labour due to knowledge of the fact that support for unpaid labour may be obtained. In such circumstances it is certain that the support under the Unpaid R&D Labour Scheme is not the incentive for undertaking the relevant research and development activity. In this context the Authority considers that the fact that the company may — for the same project — obtain a tax deduction under the Skattefunn Scheme (by using paid labour) is irrelevant because the reason for using unpaid labour in these cases would precisely be that it is financially more attractive to obtain support for paying the labour than a tax deduction in respect of already paid labour.

On this basis the Authority takes the preliminary view that it is doubtful whether the unpaid labour costs qualify as eligible costs and whether there is any incentive effect under the Unpaid R&D Labour Scheme. In light of the comments set out above, the Norwegian authorities are invited to submit reasons as to why it may be considered that the Unpaid R&D Labour Scheme does create an incentive to carry out research and development activities and on what basis unpaid labour costs should qualify as eligible costs.

3.3. Conclusions

In view of the fact that the Unpaid R&D Labour Scheme appears not to qualify for any of the exceptions provided for in the EEA Agreement, the Authority doubts that the Unpaid R&D Labour Scheme may be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement.

⁽⁵³⁾ Community framework for State aid for research and development (OJ C 45, 17.2.1996, p. 5) as amended.

⁽⁵⁴⁾ The EU's research Framework Programme is the EU's main instrument for research funding in Europe. In Part B.II.22.3 of Annex II to the general model contract used for purposes of granting support under Framework Programme 6, it appears that '*Physical persons may not charge any labour cost in relation to their personal involvement in the project.*' and in Part B.II.19.1(a) it appears that eligible costs '*must be actual, economic and necessary for the implementation for the project.*'

⁽⁵⁵⁾ E.g., the Framework Programme 6.

3.4. *De minimis aid: The Compensation Scheme*

The grant of State aid may qualify as *de minimis* under the '*de minimis* Regulation' where the total aid granted to any one enterprise does not exceed Euro 100 000 over any three-year period with the consequence that there is no obligation to notify ⁽⁵⁶⁾. It appears from Article 3(1) of the *de minimis* Regulation that the national authorities can only grant *de minimis* aid after first having verified that the total amount of *de minimis* aid received by the company is not raised beyond the ceiling by virtue of other *de minimis* aid having been received during the previous three years. One way of verifying the *de minimis* threshold is by obtaining full information from the recipient on this matter.

In the present case compensation under the Compensation Scheme will be paid out as *de minimis* aid and if the total amount of *de minimis* aid to an applicant exceeds Euro 100 000 during a period of three years, the compensation will be reduced. Moreover, the Norwegian authorities will obtain from the applicants, via their applications requesting compensation, an overview of the total amount of all tax deductions received by the applicant under the Skattefunn Scheme during the years for which compensation is sought, as well as a complete overview of all *de minimis* aid the applicant has received as of 1 January 2003.

On the basis of the above and on the assumption that the Norwegian authorities will not grant *de minimis* aid under the Compensation Scheme where it is clear that the *de minimis* threshold has been or will, as a result of the new grant, be exceeded, the Authority considers that the Compensation Scheme is in compliance with the *de minimis* Regulation, including the requirement of verifying that the potential recipient has not received other *de minimis* aid in excess of the relevant ceiling.

On the basis of the information available, the Authority therefore takes the preliminary view that the aid granted to undertakings under the Compensation Scheme will qualify as *de minimis* aid.

III. CONCLUSION

Based on the information submitted by the Norwegian authorities, the Authority cannot exclude that the Unpaid R&D Labour Scheme constitutes aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. Furthermore, the Authority has doubts that the Unpaid R&D Labour Scheme can be regarded as complying with Article 61(3)(c) of the EEA Agreement, in combination with the requirements laid down in Chapter 14 of the Authority's State Aid Guidelines. Consequently, the Authority has doubts that the Unpaid R&D Labour Scheme is compatible with the functioning of the EEA Agreement.

Consequently, and in accordance Article 4(4) in Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, the Authority is obliged to open the procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 of the Surveillance and Court Agreement. The decision to open proceedings is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the Unpaid R&D Labour Scheme is compatible with the functioning of the EEA Agreement.

In light of the foregoing considerations, the Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, requests the Norwegian authorities to submit its comments and to provide all such information which may help to assess the Unpaid R&D Labour Scheme, within one month of the date of receipt of this decision.

HAS ADOPTED THIS DECISION:

1. The Authority has decided to open the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement against Norway with regard to the 'Unpaid R&D Labour Scheme'.
2. The Norwegian authorities are requested, pursuant to Article 6(1) in Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, to submit their comments on the opening of the formal investigation procedure within one month from the notification of this decision and to provide all such information which may help to assess the Unpaid R&D Labour Scheme.

⁽⁵⁶⁾ Article 2 of the *de minimis* Regulation, see reference in footnote 8.

3. Other EFTA States, EC Member States, and interested parties shall be informed by means of publication of this decision in its authentic language version, accompanied by a meaningful summary in languages other than the authentic language version, in the EEA Section of the *Official Journal of the European Union* and the EEA Supplement thereto, inviting them to submit comments within one month from the date of publication.
4. This decision is authentic in the English language.
5. This decision is addressed to the Kingdom of Norway.

Done at Brussels, 8 March 2006

For the EFTA Surveillance Authority

Bjørn T. GRYDELAND
President

Kurt JAEGER
College Member

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme zur staatlichen Beihilfe des norwegischen Forschungsrats für das Computerprogramm Turborouter gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen

(2006/C 258/13)

Mit Beschluss Nr. 60/06/KOL vom 8. März 2006, der nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben wird, hat die EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes (Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen) eingeleitet. Die norwegischen Behörden wurden durch Übersendung einer Kopie von dem Beschluss unterrichtet.

Die EFTA-Überwachungsbehörde fordert hiermit die EFTA-Staaten, die EU-Mitgliedstaaten und alle Interessierten auf, ihre Bemerkungen zu der fraglichen Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Rue Belliard 35
B-1040 Brüssel
Fax-Nr.: (32-2) 286 18 00

Die Bemerkungen werden den norwegischen Behörden übermittelt. Eine vertrauliche Behandlung des Namens der Bemerkungen abgebenden Interessierten kann schriftlich unter Angabe von Gründen beantragt werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit Schreiben vom 5. März 2002 (Dok. Nr. 02-1733-A) ging bei der Überwachungsbehörde eine Beschwerde ein, wonach Norwegen über den norwegischen Forschungsrat (nachstehend „RCN“) staatliche Beihilfen für verschiedene Forschungsvorhaben zur Entwicklung des Computerprogramms Turborouter gewährt hat.

Am 8. März 2006 beschloss die Überwachungsbehörde nach einem umfangreichen Schriftwechsel zwischen der Überwachungsbehörde, den norwegischen Behörden und dem Beschwerdeführer, ein förmliches Prüfverfahren zu den Vorhaben zu eröffnen, die Gegenstand der Beschwerde sind.

Der RCN hat Beihilfen für vier Vorhaben zur Entwicklung des Computerprogramms Turborouter im Rahmen der Beihilferegelung „Programm für industrielle Forschung und Entwicklung“ gewährt. Die Überwachungsbehörde hatte dieses Programm zusammen mit anderen bestehenden Beihilferegelungen geprüft und Norwegen im Dezember 1994 mit Beschluss Nr. 217/94/KOL zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Die norwegischen Behörden stimmten den zweckdienlichen Maßnahmen zu. Demnach musste die Gewährung von Beihilfen im Rahmen dieses Programms im Einklang mit den 1994 von der Überwachungsbehörde verabschiedeten Leitlinien für staatliche FuE-Beihilfen erfolgen.

Nach den vorliegenden Informationen bezweifelt die Überwachungsbehörde, dass die Beihilfen für die Forschungsvorhaben den FuE-Leitlinien entsprechen. Es ist fraglich, ob die Vorhaben richtig eingestuft wurden. Dies gilt besonders für die drei als vorwettbewerbliche Forschungsvorhaben eingestuft Vorhaben, die zu nah an der Marktreife sein könnten, um für eine Förderung in Betracht zu kommen.

Die Überwachungsbehörde hat auch Bedenken bezüglich der Finanzierung des Vorhabens. Es ist unklar, ob die an den Vorhaben beteiligten Unternehmen einen Beitrag zu den Forschungskosten der Vorhaben geleistet haben und ob Betriebskosten als Kosten der Forschungsvorhaben berücksichtigt wurden. In diesem Fall müssten die Beihilfeintensitäten berichtet werden.

Die Überwachungsbehörde vermutet auch, dass die Beihilfeempfänger die Beihilfen des RCN missbräuchlich verwendet haben könnten.

Falls die Beihilfen für diese Vorhaben nicht unter das Industrielle FuE-Programm fallen, müsste jedes Vorhaben einzeln gemäß den zum Zeitpunkt der Gewährung geltenden FuE-Leitlinien oder direkt gemäß dem EWR-Abkommen beurteilt werden.

EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY DECISION**No 60/06/COL****of 8 March 2006****on R&D aid granted by the Research Council of Norway in connection
with the development of the software programme Turborouter****(NORWAY)**

THE EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY ⁽¹⁾,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area ⁽²⁾, in particular to Articles 61 to 63 and Protocol 26 thereof,

Having regard to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice ⁽³⁾, in particular to Article 24 thereof,

Having regard to Article 1(2) and (3) in Part I and Articles 1, 4, 6, 10, 13, 14, 16 and 20 in Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement ⁽⁴⁾,

Having regard to the Authority's Guidelines ⁽⁵⁾ on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement, and in particular Chapter 14 thereof, 'Aid for Research and Development',

Having regard to the Authority's Decision of 14 July 2004 on the implementing provisions referred to under Article 27 in Part II of Protocol 3 ⁽⁶⁾,

Having regard to the Authority's Decision No 217/94/COL of 1 December 1994 to propose appropriate measures to Norway on, amongst others, the aid scheme Industrial R&D Programmes,

Having regard to Norway's acceptance of the proposed appropriate measures by letter dated 19 December 1994,

Whereas:

I. FACTS**1. Procedure**

By letter dated 5 March 2002 (Doc. No 02-1733-A), the Authority received a complaint alleging that state aid had been granted by Norway through the Research Council of Norway (hereinafter: 'the RCN') to various research projects in connection with the development of the software programme Turborouter.

The Authority requested information from the Norwegian authorities by letter dated 26 April 2002 (Doc. No 02-2605-D). The Ministry of Trade and Industry replied by letter dated 3 June 2002 (Doc. No 02-4177-A), which included RCN's comments on the so-called Turborouter project.

In October 2002, a meeting between representatives from the Authority and the Norwegian authorities took place in Oslo in order to clarify some technical aspects.

On 28 February 2003, the Authority requested further clarification and documentation on certain aspects raised during the above-mentioned meeting (Doc. No 03-1159-D). The required information was supplied by the Norwegian authorities by letter dated 11 April 2003 (Doc. No 03-2338 A) and completed by letter of 20 June 2003 (Doc. No 03-4083-A).

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as 'the Authority'.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as 'the EEA Agreement'.

⁽³⁾ Hereinafter referred to as 'the Surveillance and Court Agreement'.

⁽⁴⁾ Hereinafter referred to as 'Protocol 3'.

⁽⁵⁾ Procedural and Substantive Rules in the Field of State Aid, Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, adopted and issued by the EFTA Surveillance Authority on 19 January 1994, published in OJ 1994 L 231, EEA Supplements 3.9.94 No 32, last amended on 14 December 2005, hereinafter referred to as 'the Guidelines'.

⁽⁶⁾ Not yet published in the OJ or the EEA Supplement. Available at: <http://www.eftasurv.int/fieldsofwork/fieldstateaid/legaltexts/ms2decision.DOC>. This Decision has been last amended by the Authority's Decision No 329/05/COL of 20.12.2005.

Representatives of the Authority and the Norwegian authorities discussed the case at a meeting in the framework of the package meeting which took place in Oslo on 23 September 2004. Some of the issues raised during this meeting were later addressed by the Authority in a letter dated 11 November 2004 (Event No 294194). The Norwegian authorities answered by letter of 31 January 2005 (Event No 307137).

The Authority lastly requested information in a letter dated 7 July 2005 (Event No 323594). The Authority furthermore stated that should the response from the Norwegian authorities not dispel the remaining doubts of the Authority, the formal investigation procedure would have to be opened with respect to the granting of R&D aid in connection with the development of the software programme Turborouter.

The Norwegian authorities replied in a letter dated 22 August 2005 (Event No 331615).

The complainant contacted the Authority on various occasions during the preliminary investigation and submitted additional information.

2. The complaint

In March 2002, the Authority received a complaint alleging that the RCN had granted R&D aid to *'projects in the maritime sector that violate the EEA rules. The projects that have received state aid are commercial software programs that are marketed and sold in the international markets. We refer specifically to the software program called TURBOROUTER'*.

According to the complainant, the Turborouter programme is distorting the competition with other European or international companies which develop software programmes for the maritime industry. The complainant, who has software products in the same sector, has stated to have invested important sums of money in developing mathematical algorithms, which seem to be similar to the ones used in Turborouter.

The complaint concerns not only the projects that led to the development of a commercial software programme called Turborouter but also its development in several sub-projects. Although the complainant identified Project 136171 Algopt and Project 144214 Optimisation routines, it explicitly stated that the complaint is not limited to these projects but concerns *'all of these projects that have been targeting the development of a commercial software program called Turborouter'*.

The complainant mainly argued that (1) the projects that received aid were too close to the market to be eligible for R&D aid and had been marketed for sale to third companies in Norway and abroad; (2) the research results had not been disseminated but the research institute Marintek, which developed the software programme Turborouter, had received the property rights to sell the programme; (3) the maximum aid intensities had not been respected due to the fact that the own capital contribution from the concerned companies was in reality lower than stated in the application form. The complainant brought forward the following arguments to support the complaint:

- 1) *'The RCN has given aid to projects which are very close to the market. Turborouter has for more than two years been actively marketed for sale both domestically in Norway and abroad. This marketing has been done partly by the research institute Marintek and partly by Shipnet, a privately owned commercial vendor of software systems for the maritime industry with which, according to the information submitted by the complainant, Marintek has an agreement. The Turborouter projects cannot be classified into "fundamental research" nor "industrial research" according to the definitions laid down by the EEA. In view of the complainant, the projects are even far beyond pre-competitive development activity. "Turborouter projects are aimed at developing software programs that are developed in close co-operation with a limited number of users, and in parallel is actively marketed towards any maritime company in need of such program".'*
- 2) *'As the Turborouter projects have received public aid and where in the R&D programs it has been stated that reports will be made available for any party interested, it is a breach of the regulations to give Marintek the proprietary rights to sell and market the program. In view of the complainant this confirms the argument that Turborouter is a commercial product far beyond any R&D stage.'*
- 3) *'In calculating the aid intensities, the RCN has used the pro forma funding assumed in the R&D application to be given by the aid receiving firm.'* The complainant claimed neither to have seen any documentation that the firms actually contributed with their own resources to the alleged funds, nor any audited reports where such contribution is proven. *'For many projects in the maritime sectors the aid receivers are supposed to chip in their own contribution, but quite often there is in actual fact very little man time hours or any other costs that the receivers chip in.'*

3. The four projects related to the software programme Turborouter supported with RCN funds

a) Description of the projects

- 1) Project 40049 — Strategic activities within maritime transport and logistics (The first version of the software programme Turborouter)

Together with the Centre for International Economy and Shipping (SIØS), which is an integral part of the Norwegian School of Economics and Business Administration, Marintek applied to the RCN for support for the project 'Strategic activities within maritime transport and logistics' under the 'Strategic Institute Programme' (SIP) in 1995. SIP was a programme for long term research, characterised by a large proportion of fundamental research, but strategic in its orientation to serve future needs of industry. Under SIP, research projects could receive public financing up to 100 %.

According to the information provided by the Norwegian authorities, due to limited funds available under this programme, the RCN re-classified the project as a 'three-year strategic competence development project' under the sub-programme 'Short Sea Shipping' (1995-1998) within the Industrial R&D Programme. The whole project was re-classified as industrial research although some activities constituted fundamental research.

Project 40049 'Strategic activities within maritime transport and logistics' was broad in concept and covered several sub-projects. The first version of the pilot software Turborouter was developed in the first year of research of one of the sub-projects called 'Methods and analytical tools for design and operation of integrated transport and logistics chains'.

Nowadays, Turborouter is a tool (?) for optimising vessel fleet scheduling, *i.e.* to decide which vessels to assign different cargoes to. The design philosophy has been to combine the knowledge and experience of the planners with the calculating capabilities of the computer. Optimisation software implemented on a computer can calculate millions of alternatives in only a few seconds but tend to have restricted ability to handle all practical constraints that occur in real life. Turborouter is based on electronic sea charts where scheduling information can be displayed. Other key elements of Turborouter include a database for vessels, ports, cargoes, etc; automatic calculation of port-to-port distances; vessel position reports and automatic update of estimated time of arrival; sophisticated optimisation routines for fleet scheduling; schedule visualisation or schedule calculator for manual planning.

According to the information provided by the Norwegian authorities, out of the total NOK 10,5 million budget for Project 40049, the RCN contributed NOK 4,6 million, the Norwegian Ship-owners' Association (NSA) NOK 1,4 million and Marintek NOK 4,5 million.

The table below recapitulates the costs of the project and its financing of the project in NOK (8):

Costs		Financing	
Personal and indirect costs	8 700 000	Own financing	4 500 000
Purchase of R&D	600 000	RCN	6 000 000
Equipment	450 000	Total	10 500 000
Other operating costs	750 000		
Total	10 500 000		

According to the information provided by the Norwegian authorities, the project costs for the sub-project 'Methods and analytical tools for design and operation of integrated transport and logistics chains' amounted to NOK 5,1 million. The state support for it amounted to NOK 2,24 million.

(7) The following information has been obtained from the brochure TurboRouter Vessel schedule optimizing software, available at the website of Marintek: <http://www.marintek.no>

(8) These figures have been obtained from the form submitted to the RCN for the application for a grant.

Further development of the software programme Turborouter

According to the information provided by the Norwegian authorities, the RCN selected several projects related to the development of the software package Turborouter for R&D support. According to the RCN, even though they had elements of industrial research, these projects were classified as 'pre-competitive development activity'. The RCN considered that the results from each of these projects were company specific prototype demonstrators which would need considerable further in-house development to become day-to-day tools in the companies' operations.

2) Project 138811 — AlgOpt

The aim of this project ⁽⁹⁾ was to develop and carry out practical tests of algorithms to calculate the optimal utilisation of a fleet of ships, given the obligations to load cargoes for several customers, the requirements as to when cargoes must be loaded and discharged in the destination port, the possibility of carrying joint cargoes of a limited number of bulk goods on each voyage as well as limitations that mean that not all the vessels involved are suitable for serving all customers or all ports.

The overarching objective of AlgOpt was that the algorithms should be integrated into a software concept that would offer users full control and the possibility of overriding the suggestions made by the algorithms. The software should help decision-makers to combine their own experience with the ability of the numerical processes to test a number of possibilities rapidly and in a manner that offers the best possible basis for making decisions.

The principal activities of the Project AlgOpt were the definition of user dialogues and criteria for good capacity utilisation; the development of algorithms for working out optimal voyage combinations; the testing of algorithms and the follow-up and documentation of benefits.

According to the information submitted by the Norwegian authorities, the Project AlgOpt was only a pre-study defining the user requirements and investigation of the feasibility of using Turborouter for the contract partner, the company Beltship Management AS. Total costs amounted to NOK 925 000. The project was classified as pre-competitive research. The financing was split between the RCN (NOK 300 000) and private funds from participating companies (NOK 625 000). The table below recapitulates the costs of the project as well as its financing ⁽¹⁰⁾:

Costs		Financing	
Personal and indirect costs	545 000	Own financing	625 000
Purchase of R&D	380 000	RCN	300 000
Other operating costs		Total	925 000
Total	925 000		

3) Project 144265 — Shiplog II

The Shiplog project mainly dealt with transport at sea. This project ⁽¹¹⁾ should use the results of a previous project called Shiplog (which did not involve the use of Turborouter) to focus on the requirements for door-to-door delivery of goods, when transport at sea is a key element. The objectives of the project were:

- to support interaction between parties involved in door-to-door transport. This objective was shared by the EU proposal 'D2D', which aimed at demonstrating an integrated management and communication system for door-to-door intermodal freight transport operation,
- to demonstrate the communication of information between software systems by using XML ⁽¹²⁾ messages,
- to demonstrate how TurboRouter could be integrated in a door-to-door transport service.

The project should utilise the results obtained in other projects such as Intermodal Portal, Themis, D2D, INTRA, INFRATRANS, TRANSDATA or INFOLOG.

⁽⁹⁾ Information obtained from Marintek's website: <http://www.marintek.no>

⁽¹⁰⁾ These figures have been obtained from the form submitted to the RCN for the application for a grant.

⁽¹¹⁾ Information obtained from Marintek's website.

⁽¹²⁾ XML (Extensible Mark-up Language) is a flexible way to create common information formats and share both the format and the data on the World Wide Web, intranets, and elsewhere. XML is a formal recommendation from the World Wide Web Consortium (W3C) similar to the language of today's Web pages, the Hypertext Mark-up Language (HTML).

The activities of the project included:

1. Methodology for modelling business processes which concerned the evaluation of business processes required in door-to-door transport.
2. The use of XML messages in system communication, which should specify the requirements for system communication and will implement XML messages supporting the exchange of information.
3. Development of demonstrator of door-to-door transport, which should implement an Internet application demonstrating a door-to-door transport operation.
4. Integrating Transport Chain Management System (TCMS) and TurboRouter, which should specify the interface and demonstrate the exchange of information between TurboRouter and the TCMS demonstrator.

According to the information provided by the Norwegian authorities, this project failed to achieve its objective because TCMS and TurboRouter could not be satisfactorily integrated.

The RCN classified this project as pre-competitive development and awarded it state aid for an amount of NOK 2,15 million out of the NOK 6,2 million of the total project costs. The project received funds from the NSA for an amount of NOK 750 000 which were channelled through the RCN. The remainder was financed by the contract partner of this project, the company United European Car Carriers AS (UECC), and other participating companies. The table below recapitulates both the costs and the financing of the project ⁽¹³⁾:

Costs		Financing	
Personal and indirect costs	800 000	Own financing	800 000
Purchase of R&D	2 150 000	Other private means	3 250 000
Equipment	100 000	RCN	2 150 000
Other operating costs	3 150 000	Total	6 200 000
Total	6 200 000		

4) Project 144214 — Library of optimisation routines for scheduling in shipping

The pre-competitive research project 'Library of optimisation routines for scheduling in shipping' aimed at developing algorithms for advanced optimisation and scheduling of very complex shipping operations. The Norwegian authorities have explained that the library of algorithms is very trade and company specific and must thus be company-owned and not part of the standard TurboRouter 'tool kit'. Nevertheless, it may give rise to development of additional TurboRouter functionalities demanded by the applications development.

The overall project costs amounted to NOK 7 million, of which NOK 1,5 million were covered by the RCN, NOK 805 000 by the NSA and the remaining amount of NOK 4,7 million by private funds. The company Beltship Management AS was the contract partner of this project.

The table below recapitulates the costs and the financing of the project ⁽¹⁴⁾:

Costs		Financing	
Personal and indirect costs	4 100 000	Own financing	1 950 000
Purchase of R&D	2 900 000	Other private means	2 750 000
Equipment		RCN	2 300 000
Other operating costs		Total	7 000 000
Total	7 000 000		

⁽¹³⁾ These figures have been obtained from the form submitted to the RCN for the application for a grant.

⁽¹⁴⁾ These figures have been obtained from the form submitted to the RCN for the application for a grant.

b) *The beneficiaries*

The projects addressed in the current Decision have been developed in cooperation between the research institute Marintek and several private companies. Two of the private companies were the contract partners of the concerned projects and are therefore addressed in the following. In this context the other companies involved in the said projects could also be considered as potential beneficiaries for the purposes of this Decision.

1) Marintek

Marintek is a research institution, 56 % owned by the SINTEF group, a private research foundation, 26 % by the Norwegian Shipowners' Association, 9 % by Det Norske Veritas, an independent foundation, and the rest by several shareholders in the maritime community.

Marintek delivers marine technology research and development services. Together with the Department of Marine Technology at the Norwegian University of Science and Technology (NTNU), it constitutes the Marine Technology Centre in Trondheim. The Norwegian Marine Technology Research Institute does research, development and technical consulting in the maritime sector for industry and the public sector. The Institute develops and verifies technological solutions for the shipping and maritime equipment industries and for offshore petroleum production. Marintek's business areas include shipping, shipbuilding, offshore marine industry and marine industry⁽¹⁵⁾.

According to the information provided by the Norwegian authorities, Marintek has developed several software packages. Most of them are only for 'internal use' but others are made available as commercial products through marketing alliances.

2) United European Car Carriers (UECC)

UECC⁽¹⁶⁾ is a provider of logistics and sea transportation services for the vehicle manufacturing industry in Europe with an extensive route network to transport all sorts of rolling cargo to most destinations in Europe.

According to current figures, UECC is a short sea operator which transports approximately 1,8 million new vehicles a year on behalf of the global automotive industry. As a major logistics provider, UECC is able to offer total management solutions, which encompass the full transport chain, from the manufacturing plant through to the final retail destination. In addition to a fleet of over 20 specially-designed vessels, UECC also operate the own vehicle handling centres and provide full tracking information at unit level using the latest IT-systems.

UECC is owned in equal shares by Nippon Yusen Kabushiki Kaisha (NYK) of Tokyo, one of the world's largest shipping companies, and by Wallenius Lines of Stockholm, a Swedish shipping enterprise.

3) Beltship Management AS

Beltship Management is a company which operates a highly specialised fleet of so-called self-unloading bulk carriers. Beltship Management was established in 1997 as a 50/50 partnership between Jebens Shipping Company and Heidelberger Zement Group of Germany. The company is located in Bergen, Norway. Beltships has 9 vessels at their disposal, mainly with independently operated belt self-unloaders. Most of the vessels operate in the North Sea basin and in the Mediterranean. Beltship Management has been involved in the development of TurboRouter since 1999, and has used the tool for optimizing fleet scheduling in the North Sea basin since then⁽¹⁷⁾.

4. Description of the relationship between the four grants of aid and the Norwegian aid scheme for industrial R&D programmes

According to the information provided by the Norwegian authorities, the four grants of aid covered by the present Decision received aid within the framework of the aid scheme 'Industrial R&D Programmes' (*brukerstyrte forskningsprogrammer*).

⁽¹⁵⁾ Information issued from Marintek's website: http://www.sintef.no/Content/page2___690.aspx.

⁽¹⁶⁾ Information issued from UECC's website: www.uecc.com.

⁽¹⁷⁾ Information issued from 'TurboRouter, Vessel schedule optimizing software', a publication from Marintek.

a) *The aid scheme Industrial R&D Programmes*

Prior to the entry into force of the EEA Agreement, the Norwegian authorities established an aid scheme called 'Industrial R&D Programmes' (*brukerstyrte forskningsprogrammer*) which was administered by the RCN. According to the information provided by the Norwegian authorities, this scheme covered awards of aid in the form of direct grants to research programmes of 3-5 years duration, either thematic or sector-oriented, implemented through a variable number of projects.

In December 1994, the Authority adopted a Decision on several aid schemes for research and development existing in Norway prior to the entry into force of the EEA Agreement, amongst others, the aid scheme Industrial R&D Programme (*brukerstyrte forskningsprogrammer*, case no 93-183). In this Decision, the Authority proposed appropriate measures to bring the scheme in line with the state aid rules of the EEA Agreement ⁽¹⁸⁾. In this Decision, the Authority noted that:

'Clear guidelines or specific provisions of a binding nature have not been developed for the scheme. Awards of aid are granted at the discretion of the responsible authorities within the framework of the Research Council's society rules.'

In order to bring the scheme in line with the state aid rules, the Authority proposed to Norway, in particular, the introduction of detailed provisions which would ensure that awards of aid were granted in accordance with the principles laid down in Chapter 14 of the State Aid Guidelines.

The Decision reads as follows:

'1(i) The Norwegian authorities shall introduce detailed provisions for the schemes listed in Annex I to this decision which ensure that awards of aid are granted in accordance with the principles laid down in Chapter 14 of the State Aid Guidelines. This means that the provisions must

- distinguish between the different types of R&D activities by providing definitions for basic industrial research as well as for applied research and development in line with the provisions of paragraph 14.1(2) of the State Aid Guidelines,*
- define the aid intensities in such a way that as a general rule aid for basic industrial research does not exceed 50 % and that aid for applied research and development does not exceed 25 % of the eligible costs. These intensities can, if so desired, be adjusted according to the principles laid down in the State Aid Guidelines and*
- define the eligibility costs for the purpose of calculating the aid intensity in compliance with the definitions in paragraph 14.5(1) of the State Aid Guidelines.'*

Norway accepted the appropriate measures proposed by the Authority by letter dated 19 December 1994. The acceptance of appropriate measures implied that the award of aid under the Industrial R&D Programme would be done in accordance with the provisions of the Authority's R&D Guidelines as they were drafted in 1994. Following the wording of the Authority's Decision No 217/94/COL, this is in particular the case when it concerns the definition of the different types of R&D activities, the aid intensities and the eligible costs.

In the framework of the current preliminary investigation, the Norwegian authorities have stated that, as a follow-up of the acceptance of the appropriate measures, the RCN developed provisions to ensure that aid was awarded in compliance with Chapter 14 of the State Aid Guidelines on R&D aid. This set of rules is called DOKSY, '*Aid intensities in accordance with EEA rules*'. According to the information provided by the Norwegian authorities, Doksy is a set of provisions adopted by the RCN which correspond mainly to the R&D Guidelines of the Authority. It serves as the basis guidelines for the granting of R&D aid by the RCN.

It is regrettable that the Norwegian authorities did not provide the amended version of the scheme Industrial R&D Programmes to the Authority for its review ⁽¹⁹⁾. Notwithstanding this, it is the understanding of the Authority that the Norwegian authorities amended the set of rules called Doksy in accordance with the amendments of Chapter 14 of the Authority's State Aid Guidelines.

⁽¹⁸⁾ Decision of the EFTA Surveillance Authority No 217/94/COL of 1.12.1994. The schemes covered by this decision were: Industrial R&D Contracts (case 93-147) and Public R&D Contracts (case 93-182) granted by the SND and Industrial R&D Projects (case 93-181) and Industrial R&D Programs (case 93-183) granted by the RCN.

⁽¹⁹⁾ According to the Decision, 'The Norwegian authorities must inform the EFTA Surveillance Authority on the adoption of such provisions [the appropriate measures], insofar as these involve state aid, before they are put into effect'.

b) *The Research Council of Norway*

The aid granted to the undertakings for the four projects was granted by the RCN, which is the responsible body in charge of the aid scheme Industrial R&D Programmes.

According to its own statement ⁽²⁰⁾, the RCN is a national strategic body and funding agency for research and innovation activities. The RCN covers all fields of research and innovation and works together with research institutions as well as the private and public sectors to reach the national financial goals and quality targets set in this area.

The RCN plays a vital role in developing and implementing the country's national research strategy. It acts as:

- a government adviser, identifying present and future needs for knowledge and research, and recommending national priorities;
- a funding agency for research programmes and independent projects, strategic programmes at research institutions, and Norwegian participation in international research activities. The RCN has an annual budget of some NOK 4,5 billion and utilises specifically-targeted funding schemes to help translate national research policy goals into action;
- a co-ordinator, initiating networks and promoting co-operation between research institutions, ministries, business and industry, public agencies and enterprises, other sources of funding, and users of research.

II. APPRECIATION

1. Introduction: the applicable legal framework

According to the information submitted by the Norwegian authorities, the four projects which are assessed in this Decision were granted R&D aid in the framework of the Industrial R&D Programme (*brukerstyrt forskningsprogrammer*, case no 93-183). As mentioned above, the Industrial R&D Programme was already in place before 1994. Following the entry into force of the EEA Agreement in Norway, the Authority assessed the Industrial R&D Programme together with other existing aid schemes and adopted Decision No 217/94/COL in December 1994. In this Decision, the Authority proposed appropriate measures with respect to the Industrial R&D Programme to mainly require that awards of aid would be granted in accordance with the principles laid down in Chapter 14 of the State Aid Guidelines.

The Norwegian authorities accepted the proposed appropriate measures. Thus, thereafter, any grant of aid under the Industrial R&D Programme had to be done in accordance with the R&D rules applicable when the Authority adopted Decision No 217/94/COL.

The R&D rules applicable when the Authority adopted Decision No 217/94/COL were Chapter 14 of the State Aid Guidelines as adopted in 1994 (hereinafter referred to as the R&D Guidelines of 1994 ⁽²¹⁾).

Hence, by definition, any aid granted under the scheme Industrial R&D Programmes which does not comply with the provisions of the version of the R&D Guidelines applicable in 1994, when the Authority proposed the appropriate measures which Norway accepted, falls outside the scope of application of the scheme. Accordingly, such a measure would constitute new individual aid and would as such need to be notified to the Authority individually.

In this context it is important to note that the present decision only concerns the application of the scheme Industrial R&D Programmes to the four concrete projects identified as relating to the development of the software programme Turborouter on which a complaint was lodged in 2002.

Should the granting of aid to the four questioned projects not be covered by the scheme Industrial R&D Programmes as explained above, each of the projects would need to be assessed individually. In this assessment, the Authority would have to determine whether state aid was granted in each of the projects and whether this aid could have been considered compatible aid on the basis of the provisions of the R&D Guidelines applicable at the time where the grants were given or directly on the basis of the rules of the EEA Agreement.

⁽²⁰⁾ Information taken from the website of the RCN at <http://www.forskningsradet.no/english/>

⁽²¹⁾ In January 1994, the Authority had taken Decision No 4/94/COL on the adoption and issuing of the Procedural and Substantive Rules in the Field of State Aid (Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3). Chapter 14 thereof deals with Aid for research and development, which mainly corresponded to the Community framework for state aid for research and development. This Decision was published on the Official Journal L 231 of 3.9.1994, pages 1 to 84.

As far as Project 40049 'Strategic activities within maritime transport and logistics', which led to the development of the first software programme Turborouter, is concerned, the aid was granted by a decision of the RCN of December 1995. The applicable rules governing the granting of R&D aid were Chapter 14 of the Authority's State Aid Guidelines as originally adopted in Decision No 4/94/COL. In other words, the provisions of the scheme Industrial R&D Programmes as amended following the appropriate measures of the Authority should correspond to the provisions of the generally applicable R&D Guidelines in 1995, when aid was granted to Project 40049. Thus, should the granting of aid to this project not have been done in compliance with these rules, the aid will have to be considered incompatible aid, unless its compatibility can be established on the basis of the state aid provisions in Article 61(3) (a), (b) or (c) of the EEA Agreement directly.

As far as the other three projects assessed in this Decision are concerned, they received aid on the basis of decisions taken by the RCN in 2000. Prior to that date, the Authority had amended Chapter 14 of the Guidelines with Decision No 53/96/COL adopted on 15.5.1996 to incorporate the amended Community Framework for state aid for research and development⁽²²⁾. Thus, an individual assessment of the granting of aid to Projects 138811 'AlgOpt', 144265 'Shiplog II' and 144214 'Library of optimisation routines for scheduling in shipping' as individual aid should be done in accordance with the provisions of the version of Chapter 14 of the Guidelines existing since May 1996 or directly on the basis of the state aid rules in Article 61(3) (a), (b) or (c) of the EEA Agreement.

2. State aid assessment of the projects

Article 61(1) of the EEA Agreement states that:

'Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through state resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.'

Thus, in order for a measure to be considered state aid, it must constitute a selective advantage in favour of certain undertakings, be granted through state resources, distort competition and affect trade between the Contracting Parties to the EEA Agreement.

Firstly, the measure must confer on certain undertakings an advantage that reduces the costs they normally bear in the course of business and relieves them of charges that are normally borne from their budgets. By paying grants to support certain R&D projects, the RCN confers an economic advantage only on the promoters of the selected R&D projects.

Secondly, the advantage must be granted by the State or through state resources. The RCN develops and implements the country's national research strategy and specially acts as a funding agency for research. In particular, for the development of the Maritime research programme, the RCN managed funds received from the Ministries of Trade and Industry and of Finance. Thus, the public funds channelled through the RCN and which were obtained from the above-mentioned ministries constitute state resources within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

Thirdly, the measure must distort competition. Since there are other Norwegian undertakings which compete with the promoters of the selected R&D projects that may not receive support from the RCN to carry out their R&D projects, the granting of aid has the effect of distorting competition.

Moreover, the beneficiaries of the financing are active in sectors open to competition within the EEA. Therefore, the funds granted by the RCN for the development of R&D projects affect trade between the Contracting Parties to the EEA Agreement.

For these reasons, the grants given by the RCN to the projects related to the development of the software programme Turborouter constitute state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

Whether the four projects fall within the existing aid scheme will be assessed under a).

Under b), the Authority will assess whether the aid grants, if outside the existing aid scheme, nevertheless are in compliance with the state aid rules.

⁽²²⁾ Published in the OJ C 45 of 17.2.1996, pages 5 to 16.

a) *Assessment of the projects on the basis of the aid scheme Industrial R&D Programmes*

The RCN granted financing to the above-mentioned projects in the framework of the aid scheme Industrial R&D Programmes, which the Authority classified as state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement in its Decision No 217/94/COL of 1 December 1994.

As mentioned above, the Norwegian authorities accepted the appropriate measures proposed by the Authority to bring the aid scheme Industrial R&D Programmes in line with the rules of the EEA Agreement in a letter dated 19 December 1994. They accordingly committed to amend the aid scheme Industrial R&D Programmes in accordance with the R&D Guidelines of 1994.

In the following, the Authority will assess whether the granting of aid to the four projects in question falls within the provisions of the scheme Industrial R&D Programmes as amended in accordance with R&D Guidelines of 1994.

As a preliminary remark, the Authority would like to point out that, in general terms, according to the information available to the Authority at this stage, the RCN does not seem to control how the own contributions of the beneficiaries are distributed to various activities and whether they are effectively disbursed. This type of control seems crucial in the determination of whether the beneficiaries receive aid in the amount they are entitled to or whether, on the contrary, they are misusing the RCN's research grants.

1) *The development of the first version of the software programme Turborouter*

On the basis of the information provided by the Norwegian authorities, the RCN classified Project 40049 Strategic activities within maritime transport and logistics as industrial research. According to Point 14.1.(2) of the R&D Guidelines of 1994, basic industrial research is defined as *'original theoretical or experimental work whose objective is to achieve new or better understanding of the laws of science and engineering as they might apply to an industrial sector or the activities of a particular enterprise.'*

Although, according to the information submitted by the RCN, the project consisted of activities which were classified as fundamental research as well as other activities which were classified as industrial research, the project as a whole was considered as industrial research.

The development of the first software programme Turborouter, a tool useful for companies to optimise vessel fleet scheduling, was developed as the result of one of the sub-projects covered by Project 40049. Further, the project was exclusively carried out by the research institute Marintek.

Although Turborouter has become a software tool which seems to be appreciated on the market, the RCN funds allocated to Project 40049 devoted to the sub-project 'Methods and analytical tools for design and operation of integrated transport and logistics chains' only led to the development of the first software programme Turborouter, in the application of industrial research. Obviously since the first software was developed in the first phase of the sub-project back in early 1996, the software has been further improved and also marketed. However, it seems that the granting of aid to project 40049 which resulted, amongst others, in the development of the first software Turborouter, cannot by this fact be considered in relation to market proximity to be beyond the stage of industrial research as it was classified by the RCN.

As industrial research, Project 40049 was granted aid from the RCN for an amount corresponding to 43,8 % of the costs of the project. This intensity is below the maximum aid intensity allowed by the Guidelines which read *'the level of aid for basic industrial research should not be more than 50 % of the gross costs of the project or programme.'*

For the purpose of calculating the intensity of aid from R&D activities, Section 14.5.1 of R&D Guidelines of 1994 foresaw the following eligible costs:

- *'personnel costs (researchers, technicians, other supporting staff) calculated as a sum of the total amount needed to carry out the project;*
- *other running costs calculated in the same way (costs of materials, supplies, etc.);*
- *instruments and equipment, land and buildings;*
- *consultancy and equivalent services including bought-in research, technical knowledge, patents, etc;*
- *additional overhead costs incurred directly as a result of the R&D project or programme being promoted.'*

It seems that the costs of the projects, as they were taken into account in the determination of the granting of aid, are a priori covered by the definition of eligible costs provided in the R&D Guidelines of 1994.

Therefore, it appears that the RCN had classified Project 40049 as basic industrial research in accordance with the provisions of the R&D Guidelines of 1994.

It is the preliminary opinion of the Authority that the granting of aid to Project 40049 falls within the scheme Industrial R&D Programme as amended on the basis of Chapter 14 of the Authority's R&D Guidelines of 1994. This preliminary opinion is however without prejudice to the Authority's final conclusion.

The complainant has further claimed that the research results had not been disseminated but the research institute Marintek, which developed the software programme Turborouter, had received the property rights to sell the programme.

The Authority would like to point out that under the R&D Guidelines of 1994, and accordingly under the provisions of the aid scheme Industrial R&D Programmes, there was no written obligation to disseminate the results of research as is the case for fundamental research under the currently applicable R&D Guidelines.

2) The projects relating to the further use of the software programme Turborouter

In 2000, the RCN authorised the granting of R&D aid to three R&D projects which concerned the use and further development of the software programme Turborouter: Project 138811 'AlgOpt', Project 144265 'Shiplog II' and Project 144214 'Library of optimisation routines for scheduling in shipping'.

The Norwegian authorities have however indicated that there were other projects which involved the use and further development of the software programme Turborouter which did not receive any support from the RCN ⁽²³⁾.

The RCN classified all three projects as pre-competitive research.

The complainant has claimed that these projects were far beyond pre-competitive development activities. In his opinion, the so-called Turborouter projects were aimed at developing software programmes developed in close co-operation with a limited number of users while in parallel being marketed towards other maritime companies in need of such programmes.

What in later versions of the R&D Guidelines has been named pre-competitive research largely corresponds to the definition of applied research and development within the meaning of the R&D Guidelines of 1994.

Point 14.1.(2) of the R&D Guidelines of 1994 distinguished between three categories of research: fundamental, basic industrial and applied research and development. According to this provision, applied research 'covers investigation or experimental work based on the results of basic industrial research to acquire new knowledge to facilitate the attainment of specific practical objectives such as the creation of new products, production processes or services. It could normally be said to end with the creation of a first prototype.' Development is considered to cover 'work based on applied research aimed at establishing new or substantially improved products, production processes or services up to but not including industrial application and commercial exploitation.'

On the basis of the information available to it at this stage of the procedure, the Authority is not in the position of ascertaining whether these projects were correctly classified as applied or pre-competitive research as will be shown below. In the following, the Authority will use the term 'pre-competitive research' when referring to applied research and pre-competitive research.

The complainant also claimed that the maximum aid intensities had not been respected due to the fact that the own capital contributions from the concerned companies were in reality lower than stated in the application forms.

The Authority will address these allegations below for each of the projects concerned.

⁽²³⁾ See chart 'Projects involving development of Turborouter' handed over by the RCN during the meeting with representatives of the Authority held in Oslo in September 2004.

a) *Project 138811 — AlgOpt*

— Doubts concerning the classification of the project

The Norwegian authorities explained that the AlgOpt project was a pre-study defining the user requirements and investigation of the feasibility of using Turborouter for Beltship Management, the contract partner of the project. According to the information provided by the Norwegian authorities, this project was considered as a sort of 'pre-project' to Project 144214, Library of Optimisation routines for scheduling in shipping, which will be addressed below.

On the basis of the information available at Marintek's website, the aim of the project was to develop and carry out practical tests of algorithms to calculate the optimal utilisation of a fleet of ships.

It is questionable whether this project goes beyond the stage of applied or pre-competitive research to constitute a commercial product. This application has been developed on the basis of the software programme Turborouter incorporating algorithms to calculate the optimal utilisation of Beltship Management's fleet. It is not clear to the Authority what would make the difference between the pre-competitive phase of the product and the final commercial product. The Authority has doubts as to what is the borderline between a prototype and a commercial product in the case at hand. It is not clear from the information provided whether the result of the project financed with aid granted by the RCN was developed further before it could be used in the daily operation of the company.

— Doubts concerning the financing of the project and the aid intensities

The Authority would like to point out that there is a slight discrepancy between the figures provided by the Norwegian authorities in the written information submitted to the Authority concerning the financing of the AlgOpt project and the information presented in the application forms for grant to the RCN also forwarded by the Norwegian authorities as follows:

Table 1: *Information provided by the Norwegian authorities on their letter of 11.4.2003*

Costs		Financing	
Personal and indirect costs	545 000	Own financing	625 000
Purchase of R&D	380 000	Other private means	75 000
Other operating costs	100 000	RCN	325 000
Total	1 025 000	Total	1 025 000

Table 2: *Information provided by the Norwegian authorities in the annex to their letter of 11.4.2003*

Costs		Financing	
Personal and indirect costs	545 000	Own financing	625 000
Purchase of R&D	380 000	RCN	300 000
Other operating costs	-	Total	925 000
Total	925 000		

The Norwegian authorities are invited to comment on these figures. They are also invited to provide the correct information concerning the amount of money which the Norwegian Shipowners' Association invested in the AlgOpt project which is included in the amount granted through the RCN in the table above. This information is of the essence when it comes to assessing the aid intensity of the project.

Following the arguments of the complainant, there is a doubt as to whether the real research cost of the project corresponded to NOK 380 000 instead of the amount claimed by Beltship Management in its application for a grant from the RCN, i.e. NOK 925 000.

This doubt is substantiated by comparing the figures concerning the costs of the project and its financing. Beltship Management contributes with own means amounting to NOK 625 000 to the financing of the project. According to the information contained in the application form to the RCN, this sum is divided as NOK 80 000 in cash and NOK 545 000 as contribution in kind. The later corresponds exactly to the personnel and indirect costs of the project whereas the cash contribution together with the aid granted by the RCN (NOK 300 000) pays the purchase of R&D which costs NOK 380 000.

It seems that it is Marintek, the research institute that developed the first software programme Turborouter, which had the necessary know-how and technological competence to do the project. Therefore, it appears rational to assume that most of the work would have been carried out by its own staff. This would imply, in principle, that the participation of the staff of Beltship Management, which was the final user of the software, would have most probably been related to the definition of the users needs and/or to some degree of testing.

Although it seems questionable to what extent the staff of the company can carry out activities classified as research activities, the R&D Guidelines of 1994 did not require that staff be employed solely on the research activities for these costs to be eligible for aid.

Notwithstanding this, comparison of the costs of the project shows that the total contribution of Beltship Management's staff to the project which amounted to 545 000 NOK is more important and costly than the development of the R&D which was acquired from Marintek for a total of 380 000 NOK. It seems questionable to what extent the staff of the company has carried out research activities or whether these costs rather concerned normal operational activities of the company. The Authority would appreciate documentary evidence which can substantiate that the hours behind these research costs were actually used in the project.

To the extent that Beltship's contribution in kind may not have corresponded to research costs, the overall costs of the research project would be lower and the aid intensities accordingly higher.

b) *Project 144265 — Shiplog II*

— Doubts concerning the classification of the project

According to the information provided by the Norwegian authorities, the main objective of Shiplog II was to develop a pilot demonstrator of door-to-door logistics management in the shipping of chemicals and cars.

According to Point 14.1.(2) of the R&D Guidelines of 1994, applied research covers investigation or experimental work based on the results of basic industrial research which could normally be said to end with the creation of a first prototype. The Authority has doubts whether the definition of applied research covers cases such as this where the pilot demonstrator or prototype seems to be very close to what the final product would have been. According to the information submitted by the Norwegian authorities, the integration of the Transport Chain Management System (TCMS) and Turborouter, the main objective of this project, failed.

— Doubts concerning the financing of the project and the aid intensities

A comparison of the figures corresponding to the project costs and its financing shows that the amount granted by the RCN equals the sum necessary to purchase R&D. Further, the contribution of UECC's (own financing), the company in charge of the project, corresponds to the personnel and indirect costs. The rest of the gross costs of the project covers equipment and other operating costs and equals the financing brought by the other companies participating in the project.

The Norwegian authorities have contended in their letter dated 22 August 2005 that 'in order to promote cooperation [between private companies and public R&D institutions] we may in some calls for proposals for industry-driven projects, state that the application will be evaluated favourably if the external purchases of R&D from research institutes (institutes or universities) are at least as high as the support given by the RCN.'⁽²⁴⁾

The Authority questions whether the figures for the total project costs have been inflated to seemingly obtain more financing. It is questionable whether this approach has led beneficiaries to include part of their normal operating costs in the R&D costs allocated to the research projects financed with support from the RCN.

⁽²⁴⁾ See page 1 in the letter from the Norwegian authorities dated 22.8.2005.

Should this be the case and should the R&D project in reality only correspond to the purchased R&D, the intensity of the aid granted would have to be revised. It would then be necessary to assess whether the revised aid intensity falls within the parameters of the Industrial R&D Programme.

c) *Project 144214 — Library of optimisation routines for scheduling in shipping*

— Doubts concerning the classification of the project

According to the information provided by the Norwegian authorities, in this specific project the requirements of Beltship Management and another company, Iver Ships, were used as an example to gain some more experience from this kind of scheduling software in shipping organisations. This could have been of great value to Marintek's further development of Turborouter. Even if the requirements of these two companies would not be the same as for other shipping companies, it would be possible to build on some main principles in the used algorithms.

The Authority has difficulties in understanding which are the determining features of this project in classifying it as applied research and not as a commercial project.

During the preliminary investigation, the Norwegian authorities have argued that the result of the activities in any of the projects classified as applied or pre-competitive research cannot be exploited commercially and sold to other users because they are company-specific applications. According to the information provided by the Norwegian authorities, Turborouter will never be an 'off-the-shelf' product but will always need, by definition, further adaptations.

The Norwegian authorities acknowledge the difficulty in distinguishing between a commercial and a pre-competitive product where the result of the activity is not a physical product but a new, altered or improved process, service or procedure to be used internally. In their opinion, the activity that has created these results may be classified as a pre-competitive development activity if it is not part of the day-to-day operation of the company and not part of routine or periodic changes or improvements.

The borderline between a pilot project, which could not be used commercially, and a commercial final product seems very diffuse in the case at hand because the software needs to be adapted anew for each new application specific to each final user. The Authority questions to what extent the further development of the software programme Turborouter for use in developing applications which serve concrete needs for the final users can be covered by the definition of applied research. It is not clear to the Authority what would be considered as a commercial product and what would fall under a prototype regarding the concrete application of the software programme Turborouter to the specific needs of a given company.

The Authority doubts whether, due to the specific characteristics of the software programme Turborouter, the development of each new application necessarily goes beyond the stage of pilot project to be a new commercial product or whether, on the contrary, it constitutes applied research.

Furthermore, although the project as such was considered pre-competitive research, the RCN classified certain activities within Project 144214 'Library of optimisation routines for scheduling of shipping' such as map chart status or the writing and publishing of articles as industrial research. The correctness of this classification seems doubtful.

— Doubts concerning the financing of the project and the aid intensities

As was the case of the previously mentioned projects, the comparison of the figures provided for as the cost and financing of the project raises doubts as to whether the project only concerns research activities or whether it covers part of the operational costs of the company, in this case of Beltship Management and Iver Ships.

From the information provided by the Norwegian authorities, it seems that the object of the project was to allow Marintek to use the two companies as an example to gain some more experience from this kind of scheduling software in shipping organisations. In principle, this would imply that the majority of the research work will be done by Marintek itself. It is the understanding of the Authority that this research done by Marintek is covered by the rubric 'Purchase of R&D' in the costs of the project and amounts to NOK 2 900 000. It follows logically that the work of the personnel has an auxiliary function, to provide the researchers with the experiences acquired 'on the job' while using the software tool Turborouter. In the understanding of the Authority, this information should serve as a basis for the research of Marintek and should be processed into new algorithms for advanced optimisation and scheduling of shipping operations. It does not seem that the aim of the project was the development of a given prototype or pilot demonstrator. In such a situation, it seems unusual that the costs of personnel and indirect costs are higher than the cost of purchasing R&D.

The Authority welcomes any comment regarding this issue.

3) The necessity to open the formal investigation procedure

On the basis of the information available at this stage of the procedure, the Authority is not in the position of ascertaining whether these projects were correctly classified as pre-competitive development activities or whether, on the contrary, they were already too close to the market to be eligible for state aid.

Furthermore, the Authority has doubts concerning the financing of the projects, in particular regarding the effective disbursement of the own contributions in kind of the beneficiaries of the projects.

In light of the above, the Authority has doubts both as to whether the above-mentioned projects have received aid in compliance with the R&D Guidelines of 1994 and as to whether the beneficiaries have used the aid in contravention of the accepted appropriate measures on the scheme Industrial R&D Programmes. On the basis of the definition in Article 1(g) in Part II of Protocol 3, aid used by the beneficiary in contravention of a decision taken pursuant to Article 4(3) or Article 7(3) or (4) constitutes misuse of aid. This definition covers, in the Authority's view, individual aid awards within a scheme approved by the Authority by means of appropriate measures.

According to Article 4(4) in Part II of Protocol 3, the Authority shall decide to initiate the formal investigation procedure where, after a preliminary investigation, it finds that doubts are raised as to the compatibility of a measure with the functioning of the EEA Agreement. Furthermore, according to Article 16 in Part II of Protocol 3, the Authority may in cases of misuse of aid open the formal investigation procedure pursuant to Article 4(4) in Part II of Protocol 3.

With regard to the correct classification of the projects and the respective aid intensities, should the Authority find out in the course of this formal investigation that the above-mentioned projects have received aid which was not awarded on the basis of the aid scheme Industrial R&D Programmes, it will consider these projects as individual aid awards which were not notified to the Authority in due time. Any aid which is put into effect in contravention of Article 1(3) in Part I of Protocol 3, i.e. that was not notified and authorised by the Authority prior to being put into effect, is considered unlawful aid by virtue of Article 1(f) in Part II of the same Protocol.

Both in the case of misuse of aid and of the granting of unlawful aid which is incompatible with the state aid rules of the EEA Agreement, the aid will have to be recovered from the beneficiaries.

b) *Assessment of the projects as individual aid grants*

1) Introduction

Should the granting of financial support by the RCN to the projects concerning the development of the software programme Turborouter not be covered by the aid scheme Industrial R&D Programmes, as assessed above, these measures will constitute individual aid and should have been notified in accordance with Article 1(3) in Part I of Protocol 3 and will have to be assessed individually.

2) Compatibility

At this stage of the procedure, the Authority is not in the position of determining whether the granting of aid to the projects related to the further development of the software programme Turborouter can be considered compatible on the basis of the provisions of the R&D Guidelines as amended by the Authority with Decision No 53/96/COL⁽²⁵⁾. For this reason, in the following, the Authority will only recall provisions which may seem relevant for a possible assessment of these grants in light of the R&D Guidelines.

On the basis of the provisions of Chapter 14 of the State Aid Guidelines 'Aid for research and development', aid granted to firms for R&D may be regarded as compatible with the functioning of the EEA Agreement by virtue of Article 61(3)(c) of the EEA Agreement which provides a derogation for aid that facilitates the development of certain economic activities as long as it does not adversely affect trading conditions to an extent contrary to the common interest.

⁽²⁵⁾ Should the granting of R&D aid to Project 40049 fall outside the scheme Industrial R&D Programmes, its compatibility as individual aid can only be established on the basis of the EEA Agreement directly (see page 12 of this Decision).

State aid for R&D should serve as an incentive for firms to undertake research activities in addition to their normal day-to-day operations ⁽²⁶⁾. In order to verify that the planned aid will induce firms to pursue research which they would not otherwise have pursued, the Authority takes particular account of quantifiable factors such as changes in R&D spending or in the number of people assigned to R&D activities, market failures, other additional costs connected with cross-border cooperation and other relevant factors.

When examining the compatibility of an aid for research and development, under the R&D Guidelines, the Authority pays special attention to the type of research carried out, the beneficiaries, the aid intensity or the accessibility to the results. The closer the aid is to the market, the more significant the distortive effect of the state aid may be.

In order to determine the proximity to the market of the aided R&D, the Authority makes a distinction between fundamental research, industrial research and pre-competitive development activity. By pre-competitive development activity is meant ⁽²⁷⁾ *'the shaping of the results of industrial research into a plan, arrangement or design for new, altered or improved products, processes or services, whether they are intended to be sold or used, including the creation of an initial prototype which could not be used commercially. It may include conceptual formulation and design of other products, processes or services and initial demonstration projects or pilot projects, provided that such projects cannot be converted or used for industrial applications or commercial exploitation'*. The permissible gross aid intensity for such activities is fixed at 25 % of the eligible costs.

According to Point 14.5.9 of the R&D Guidelines, in cases of R&D activity spanning industrial research and pre-competitive development activities, the permissible aid intensity will not normally exceed the weighted average of the permissible aid intensities applicable to the two types of research.

However, in the event of failure of the research concerned, the Authority, in line with past practice, may allow a higher level of aid intensity since the project's failure reduces the risk of competition and trade being distorted ⁽²⁸⁾.

Under Annex II to Chapter 14, the R&D Guidelines, the Authority revised the concept of eligible costs for the purpose of calculating the aid intensity to cover:

- personnel costs (researchers, technicians and other supporting staff employed solely on the research activity)
- cost of instruments, equipment, and land and premises used solely and on a continual basis (except where transferred commercially) for the research activity
- cost of consultancy and equivalent services used exclusively for the research activity, including the research, technical knowledge and patents, etc. bought from outside sources
- additional overheads incurred directly as a result of the research activity
- other operating expenses (e.g. cost of materials, supplies and similar products) incurred directly as a result of the research activity.

Should the granting of aid to any of these projects not be considered compatible on the basis of the R&D Guidelines of 1996 or on another state aid provision of the EEA Agreement, any illegally granted aid will have to be recovered from the beneficiaries, pursuant to Article 14 of Protocol 3.

3. Conclusion

In light of the above, the Authority has doubts as to whether all or any of the above-mentioned four projects have received aid in compliance with the R&D State Aid Guidelines.

In particular regarding the projects related to the further development of the software programme Turbo-router, on the basis of the information available to it at this stage of the procedure, the Authority is not in the position of ascertaining whether these projects were correctly classified as pre-competitive development activities or whether, on the contrary, they were already too close to the market to be eligible for state aid.

The Authority has doubts regarding the real research costs of the projects. Should the Authority, in the framework of the current investigation, find out that they were lower than alleged in the application for funding to the RCN, the aid intensities will have to be reviewed.

⁽²⁶⁾ See Section 14.7 Incentive effect of R&D aid in Chapter 14 of the State Aid Guidelines, R&D Guidelines, as amended in 1996.

⁽²⁷⁾ See Annex I to Chapter 14 of the State Aid Guidelines, R&D Guidelines, as amended in 1996.

⁽²⁸⁾ See Section 14.5.6 in Chapter 14 of the State Aid Guidelines, R&D Guidelines, as amended in 1996.

Furthermore, the Authority also has doubts regarding the effective disbursement of all contributions in kind from the beneficiaries.

The two concerns mentioned above with respect to the pre-competitive research projects may lead to the conclusion that aid could have been granted for an amount exceeding 25 % of the real costs of the project. As far as the industrial research project is concerned, this percentage can reach 50 %. Any amount exceeding this figure not covered by the state aid rules on R&D aid might need to be recovered.

The Authority also doubts whether the beneficiaries have used the aid in contravention of the accepted appropriate measures on the scheme Industrial R&D Programmes.

Therefore, in accordance with Articles 4(4), 10 and following and 16 in Part II of Protocol 3, the Authority is obliged to open the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3. The decision to open proceedings is without prejudice to the final decision of the Authority.

The Norwegian authorities should inform Marintek, Beltship Management, UECC and any other beneficiary of possible state aid by means of a copy of this Decision —

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

The EFTA Surveillance Authority has decided to open the formal investigation procedure pursuant to Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement regarding the R&D aid granted by the Research Council of Norway in connection with the development of the software programme Turbo-router.

Article 2

The Norwegian Government is invited, pursuant to Article 6(1) in Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement to submit its comments on the opening of the formal investigation procedure within one month from the notification of this decision.

Article 3

Other Contracting Parties to the EEA Agreement and interested parties shall be informed by the publishing of a meaningful summary and the full text of this Decision in the EEA Section of the Official Journal of the European Union and the EEA Supplement thereto, inviting them to submit comments within one month from the date of publication of this Decision.

Article 4

The Authority requests the Norwegian authorities to forward a copy of this letter to the recipients of the aid immediately.

Article 5

This Decision is addressed to the Kingdom of Norway.

Article 6

This Decision is authentic in the English language.

Done at Brussels, 8 March 2006.

For the EFTA Surveillance Authority

Bjørn T. GRYDELAND
President

Kurt JAEGER
College Member